



Siegfried Heimann

Karl Heinrich und die Berliner SPD, die sowjetische Militäradministration und die SED



Reihe
Gesprächskreis
Geschichte
Heft 70



FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

Gesprächskreis Geschichte

Heft 70

Siegfried Heimann

**Karl Heinrich und die Berliner SPD,
die sowjetische Militäradministration
und die SED**

Ein Fallbeispiel

Friedrich-Ebert-Stiftung
Historisches Forschungszentrum

Herausgegeben von Dieter Dowe
Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kostenloser Bezug beim Historischen Forschungszentrum
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn

Tel.: 0228 – 883-473

E-mail: Doris.Fassbender@fes.de

© 2007 by Friedrich-Ebert-Stiftung

Bonn (-Bad Godesberg)

Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Titelfoto: Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin/Landesarchiv Berlin

Herstellung: Katja Ulanowski

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2007

ISSN 0941-6862

ISBN 978-3-89892-651-5

Karl Heinrich und die Berliner SPD, die sowjetische Militäradministration und die SED¹

Ein Fallbeispiel

Die Erinnerung an Karl Heinrich, einen Berliner Sozialdemokraten und Polizisten, ist in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr in den Hintergrund geraten, nach dem sie zeitnah sehr gepflegt worden war. Nach Widerstand und Verfolgung erlebte Heinrich die Befreiung von der nazistischen Diktatur, erhielt Genugtuung durch die bald folgende Ernennung zum Kommandeur der Berliner Schutzpolizei und erlitt wiederum nach kurzer Zeit Verhaftung und Misshandlung durch die sowjetische Geheimpolizei, an deren Folgen er bald darauf verstarb, ohne dass seine Frau, seine Parteifreunde oder Kollegen in der Berliner Polizei davon erfuhren. Das alles im Jahre 1945, diesem längsten Jahr in dem, wie Historiker schrieben, kurzen 20. Jahrhundert, das 1914 begann und schon 1990 endete.²

Karl Heinrichs Tod nur wenige Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war besonders tragisch, aber es war leider

¹ Der folgende Text fußt auf einem am 3. November 2005 in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen gehaltenen Vortrag zur Erinnerung an Karl Heinrich: Die Gleichschaltung der Polizei in Ostberlin: Der Fall Karl Heinrich. Der Vortrag sollte ursprünglich zusammen mit einem am gleichen Tag und am gleichen Ort gehaltenen Vortrag von Peter Erler über die Biographie von Karl Heinrich veröffentlicht werden. Der Leiter der Gedenkstätte verweigerte seine Zustimmung zu einer gemeinsamen Veröffentlichung, da meine Sicht auf den 8. Mai 1945 und meine Charakterisierung des ersten Stadtkommandanten von Berlin, Bersarin, sich nicht mit seiner Meinung deckte. Ich danke dem Mitveranstalter, Professor Dr. Dieter Dowe, dass er bereit war, den nunmehr vor allem um die Biographie Heinrichs erweiterten Vortrag in der Reihe „Gesprächskreis Geschichte“ der Friedrich-Ebert-Stiftung zu publizieren.

² Vgl. Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995.

kein Einzelschicksal.³ Sein Schicksal ist – wenn überhaupt – nur zu verstehen, wenn die unmittelbare Nachkriegszeit, die politische Situation des besiegten und von den Siegern gemeinsam verwalteten Deutschland und besonders der Viersektorenstadt Berlin mit in den Blick genommen wird. Die vier alliierten Sieger sollten auch Berlin gemeinsam verwalten. Es stellte sich aber schnell heraus, dass sie es schon bald nicht mehr wollten. Die Viermächtestadt entwickelte sich in West- und Ostberlin auseinander. Das war freilich ein Prozess, der mehrere Jahre andauerte und erst im Herbst 1948 mit der endgültigen (und bis 1990 anhaltenden) Spaltung der Berliner Verwaltung einen ersten Höhepunkt fand. Dazu im folgenden mehr. Zuvor aber einige kurze Vorbemerkungen zu gerade in letzter Zeit neuen Akzenten in der Sicht auf die ersten Nachkriegsjahre und vor allem auf das Jahr 1945.

In Deutschland, in Europa gibt es seit langem auch eine Geschichte der verschiedenen Erinnerungen besonders an das Jahr 1945, an das Kriegsende im Mai 1945 und die ersten Monate danach. Das gilt auch für die Geschichte des von Deutschland angezettelten Krieges zwischen 1939 und 1945 und für die darauf folgende, in den Kalten Krieg eingebettete deutsch-deutsche Geschichte: Für viele historische Ereignisse in der gemeinsam erfahrenen Geschichte gibt es nicht nur zwei, sondern viele Erinnerungen an ein und dasselbe Ereignis.⁴ Walter Kempowski hat in seinem Buch „Abgesang 1945“ die oft dissonante Vielstimmigkeit dieser Erinnerungen an das Kriegsende eindrucksvoll vor Augen geführt. Diese Vielstimmigkeit darf freilich nicht dazu verführen,

³ Vgl. dazu: Sowjetische Militärtribunale. Band 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945-1955, hrsg. von Andreas Hilger, Mike Schmeitzner, Ute Schmidt, Köln 2003, vor allem S. 283 ff. (Verurteilte Sozialdemokraten).

⁴ Vgl. dazu: Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen, München 2005.

überhaupt nicht mehr hören zu wollen, was gesicherter Bestand historischer Forschung geworden ist.

Unter Historikern besteht weitgehend Konsens darüber, im Jahr 1945 die einschneidendste Zäsur deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert zu sehen: Der deutsche „Sonderweg“ war auf einem Tiefpunkt und am Ende angelangt.⁵ Freilich ist bei dieser Sicht die Geschichte der DDR ausgelassen. Deren Geschichte ist kein Siegeszug der parlamentarischen Demokratie, wie er sich in Westdeutschland, wenn auch unter Mühen und anfangs nur mit wenigen Demokraten, vollzogen hat. Seit 1989 ist so eine neue Dimension der Erinnerung dazu gekommen und das Bild oder die Bilder vom Jahre 1945 sind noch verwickelter, mehrdeutiger und düsterer geworden.⁶

Aber dennoch bleibt die Sicht von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner oft zitierten Rede vor dem Deutschen Bundestag im Jahre 1985 weiterhin richtig: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung für alle Deutschen, auch wenn viele Deutsche (sicher nicht: *die* Deutschen) auch Opfer waren. Und auch hier muss, wenn von deutschen Opfern die Rede ist, die zeitliche Reihenfolge eingehalten werden: Deutsche waren als politisch und rassisch Verfolgte Opfer der Nazi-Diktatur, sie waren als Soldaten Opfer des von Deutschland begonnenen Krieges, sie waren als zivile Bevölkerung Opfer der Bombardierungen und der Gewalt, Plünderungen, Vergewaltigungen in den letzten Wochen des Krieges und den ersten Wochen nach Kriegsende. Nicht selten aber waren auch aus Tätern und Sympathisanten des Nazi-Re-

⁵ Vgl. dazu und für das folgende die Rede von Jürgen Kocka auf der Tagung der Historischen Kommission der SPD am 29.4.2005 in Berlin.

⁶ Vgl. zur immer noch nicht abgeschlossenen „Aufarbeitung“ der Geschichte des Nationalsozialismus und des Kriegsendes 1945: Reinhard Rürup, Der 8. Mai 1945 in der deutschen Geschichte. Vortrag vom 27. April 2005 im Rathaus Bremen, Bremen 2005.

gimes Opfer geworden, die nach 1945 nichts mehr von ihrer Rolle als Nutznießer und Träger der Nazi-Diktatur wissen wollten.⁷

Der 8. Mai 1945 war auch für die Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone ein Tag der Befreiung und ein Fragezeichen ist – wie ich meine – in dem Zusammenhang nicht am Platze. Kaum ein Historiker bezweifelt ja, dass das Kriegsende in Ost und West sehr verschieden war und dass die Menschen in der sowjetischen Besatzungszone und in der späteren DDR von Anfang an unter der gewaltsamen Art und Weise, wie die kommunistische Diktatur durchgesetzt wurde, sehr zu leiden hatten.⁸ Daher ist es richtig und wichtig, dass der westdeutsche Konsens über diesen Tag eine neue, besser: vergessene Dimension der Erinnerung einzubeziehen hat. Die Deutschen in der späteren DDR erfuhren eine Befreiung ohne darauf folgende Freiheit. Die Bevölkerung erlebte eine neue Diktatur und vielfach neue Verfolgung. Der Begriff der Befreiung darf schon deshalb nicht zur bloßen Formel werden.

Aber Weizsäckers Ansprache im Jahre 1985 war weit davon entfernt, einem formelhaften Begriff von Befreiung das Wort zu reden. Richard von Weizsäcker sagte:

„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des

⁷ Vgl. Ernst Piper, Ein einzig Volk von Opfern. Eine unabgeschlossene Geschichte der deutschen Gedenkpoltik, in: Frankfurter Rundschau vom 7.2.2005.

⁸ Vgl. Klaus-Dietmar Henke, Zweierlei Kriegsenden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.8.2005.

Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“⁹

Sicher ist es leider allzu wahr, dass das deutsche Volk während der Bombardierungen, in den Wochen und Monaten vor und nach dem Kriegsende und während der Vertreibungen Tausende und Abertausende an Toten zu beklagen hatte - und darüber muss auch gesprochen werden. Verbrechen müssen auch in dem Zusammenhang Verbrechen genannt werden. Sie dürfen nicht verschwiegen werden, schon gar nicht aus volkspädagogischen Gründen. Erst das Verschweigen lenkt Wasser auf die Mühlen der Ewig-Gestrigen.¹⁰

Aber diese Fragen sind in der historischen Forschung nie tabuisiert gewesen, wenn sie auch in der Öffentlichkeit in den 60er und 70er Jahren weniger und schließlich – kritisch sei es gesagt – kaum noch angesprochen wurden.

⁹ Vgl. Richard von Weizsäcker, Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Ansprache am 8. Mai 1985 in der Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages. Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1985. Korka nannte die Rede des Bundespräsidenten von Weizsäcker im Jahre 1985 ein „Schlüsseldokument deutscher Erinnerungspolitik“ (Vgl. Anm. 5).

¹⁰ Vgl. zur historischen Einordnung des „europäischen Vertreibungskomplexes“: Norman M. Naimark, Flammender Haß. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert, München 2004. Naimark weist darin auch auf das grundsätzliche Einverständnis aller Siegermächte hinsichtlich der sogenannten „Aussiedlung“ der Deutschen hin.

Leben und Leiden Karl Heinrichs bis zum Jahre 1945

Bevor vom Schicksal Heinrichs in diesem Jahr 1945 die Rede ist und von dem vergeblichen Kampf der Berliner Sozialdemokratie, um mehr über sein Verschwinden zu erfahren, soll kurz das Leben Karl Heinrichs bis zum Jahre 1945 in Erinnerung gerufen werden.¹¹

Der als Sohn eines Kaufmanns am 25. September 1890 in München geborene Karl Heinrich lebte nach dem frühen Tod sei-

¹¹ Die folgenden biographischen Angaben fußen auf: Hans-Rainer Sandvoss, Die „andere“ Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945, Berlin 2007, S. 96 ff.; zum Widerstand der Reichsbannergruppen in Berlin und zum Widerstand überhaupt: Ebenda, S. 96 ff. Vgl. auch: ders., Widerstand in Spandau, herausgegeben von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 1988, S. 13 ff. und: ders., Widerstand in Friedrichshain und Lichtenberg, herausgegeben von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 1998, S. 49. Zur Biographie Heinrichs vor allem auch vor 1933 und zur Haftzeit vgl. auch die sehr detailreiche Studie von Peter Erler, Polizeimajor Karl Heinrich - NS-Gegner und Antikommunist. Eine biographische Skizze, (Manuskript). Erlers Studie ist vor allem wichtig, weil der Verfasser die umfängliche Untersuchungsakte des sowjetischen Geheimdienstes in großen Teilen auswerten konnte. Zur Biographie vgl. auch: Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie, Marburg 2000, S. 136. Leider sind in dem Gedenkbuch in der kurzen Biographie Heinrichs viele Angaben falsch. Zur Nachkriegszeit vgl. vor allem die Unterlagen im Franz-Neumann-Archiv Berlin (FNA), Nachlass Neumann, u.a. IXa/11 und VII/2 und im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn (AdsD), Sammlung Personalia: Karl Heinrich, wo vor allem auch die umfängliche Zeitungsausschnittsammlung zu Heinrich aus dem Telegraf-Archiv enthalten ist. Vgl. auch: Polizeimajor Karl Heinrich. Der verschwundene Kommandeur der Berliner Schutzpolizei. Eine Zusammenstellung. Sopade Informationsdienst. Denkschriften 3, hrsg. vom Vorstand der SPD, Hannover o. J. [1947]. In der Denkschrift ist neben der Wiedergabe zahlreicher Abschriften aus Zeitungsberichten vor allem der mehrseitige Bericht der Tochter Heinrichs vom Juli 1947 enthalten. Vgl. vor allem auch die verstreuten, aber sehr detailreichen Hinweise auf Heinrich und den dazugehörigen Zusammenhang in allen Bänden der Untersuchung von Harold Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus nach 1945, 4 Bände, Köln 1983, 1984, 1990.

nes Vaters und der Wiederheirat seiner Mutter einige Jahre bei seiner Großmutter in Worms. Nach dem Besuch der Oberrealschule bis zur Obersekunda in Heidelberg begann er eine Lehre als Kaufmann, die er freilich bald abbrach. 1908 trat er als Anwärter in den Polizeidienst in Worms ein. Er machte in verschiedenen Städten in Hessen Dienst und wurde während seines Militärdienstes Unteroffizier. Im August 1914 als Vizefeldwebel einberufen, brachte er es an der Westfront zum Kompanieführer und wurde Anfang 1915 zum Leutnant befördert. Er erhielt das Eisene Kreuz erster und zweiter Klasse, schied nach schweren Verwundungen aus dem aktiven Dienst im Militär aus und diente, nachdem er schon 1915 eine Prüfung als Polizeikommissar gemacht hatte, bei der Polizeiverwaltung in verschiedenen von deutschen Truppen besetzten Ländern.

1918 aus dem Dienst entlassen, trat er Anfang 1919 in die SPD ein.¹² Von der preußischen Schutzpolizei als Oberleutnant übernommen, wurde er schnell Hundertschaftsführer und bald darauf in Frankfurt a.M. Hauptmann. 1926 leitete er ein Polizeirevier in Dortmund, er besuchte Lehrgänge und wurde als Polizeimajor 1929 nach Berlin versetzt. Als stellvertretender Inspektionsleiter kommandierte er die Schutzpolizisten der Polizeiinspektion „Unter den Linden“ und war damit u.a. für den Schutz der Bannmeile rund um den Reichstag verantwortlich. Hier belegte ihn Goebbels mit dem Beinamen „Knüppel-Heinrich“, da der überzeugte Republikaner Heinrich die Republik offensiv zu verteidigen bereit und bei Verletzung des Bannmeilengesetzes für harte Polizeieinsätze gegen nazistische und kommunistische Demonstrationen verantwortlich war. Der Beiname, auch von Kommunisten gerne benutzt,

¹² Das Datum nennt Heinrich selbst im Prozess, vgl. dazu: Peter Erler, a.a.O., S. 3. Die Tochter spricht wohl irrtümlich von 1918, vgl. Sopade Informationsdienst. Denkschriften 3, (Anm. 11). Die falsche Angabe „1908“ im Gedenkbuch (Anm. 11) ist offenbar ein Schreibfehler.

sollte ihn auch während seiner Leidenszeit im Konzentrationslager der Nazis und auch noch nach 1945 bis zu seinem Tode und darüber hinaus begleiten, da in den Denunziationen seiner Person durch Kommunisten dieser Beiname immer wieder eine Rolle spielte.

Wenn es um die Verteidigung der demokratischen Republik ging, hatte es der Republikaner Heinrich bereits vor 1933 nicht bei Lippenbekenntnissen belassen. Er war schon in den zwanziger Jahren in Frankfurt a.M. Mitbegründer der regionalen Gruppe des überparteilichen Schutzbundes „Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold“. Nach dem „Preußenschlag“, besser: Putsch, d.h. der widerrechtlichen Absetzung der preußischen Regierung im Jahre 1932, wurde Heinrich wie zuvor schon der Berliner Polizeipräsident und sein Stellvertreter sofort vom Polizeidienst beurlaubt und seine Entlassung wurde eingeleitet. Heinrich resignierte nicht wie so viele, er verstärkte vielmehr seine Arbeit im Reichsbanner. Nach seiner Beurlaubung vom Polizeidienst war er kurzfristig im Bundesvorstand als technischer Leiter tätig und bildete an der Magdeburger Bundesschule des Reichsbanners junge Reichsbannermitglieder im „Wehrsport“ aus. In Berlin war er aktives Mitglied in der Spandauer Ortsgruppe. Heinrich wollte - und er nicht allein - auch gegen den Willen der sozialdemokratischen Parteiführung, der Heinrich Untätigkeit vorwarf, den Kampf gegen die drohende Nazi-Diktatur mit dem Reichsbanner aufnehmen. Die Mitglieder mussten nur besser ausgerüstet und ausgebildet sein und dafür suchte er Sorge zu tragen. In Berlin bildeten rund 200 sozialistische Studenten eine „Akademische Legion“, die unter „Anleitung von Polizeioffizieren“ sich im Straßenkampf und im Pistolenschießen ausbildeten. Sie reihten sich in den Selbstschutz der SPD ein, der für den Schutz des Parteihauptquartiers und des Verlagshauses des „Vorwärts“ verantwortlich war.¹³

¹³ Vgl. dazu: Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe, Band 3,

Am 19. September 1933 kam es im Berliner Lustgarten zu einer letzten großen Demonstration des Berliner Reichsbanners. Ein Teilnehmer erinnert sich: „Wir waren insgesamt 10 000 Mann. SA schoß in unseren Demonstrationzug. Es gab viele Tote und Verletzte [...] Noch heute bin ich stolz, als Reichsbannermann für die Republik gekämpft zu haben.“¹⁴ Zusammen mit anderen Organisationen wurde auch das Reichsbanner verboten. Einigen führenden Mitgliedern gelang die Flucht ins Ausland, anderen drohte Verfolgung und Haft. Karl Heinrich wurde von der SA durch mehrere wilde Konzentrationslager, darunter das berühmte Columbia-Haus, geschleppt. Erst nach acht Wochen wurde er wieder freigelassen. Seine Pension wurde reduziert und er arbeitete in den folgenden Jahren bis zu seiner erneuten Verhaftung als Versicherungsvertreter. Diese Tätigkeit erlaubte ihm, Kontakt zu alten Reichsbannerkameraden vor allem in Hamburg und Mannheim aufzunehmen.

Schon im Herbst 1933 hatte der Sozialdemokrat und Reichsbannerführer Theodor Haubach zusammen mit Albert Grzesinski und Karl Heinrich begonnen, die vielen, oft resignierten früheren Reichsbannermitglieder wieder zu sammeln und auch Reste der Organisation wieder für den, nunmehr illegalen, Widerstand gegen die Nazi-Diktatur zu nutzen.¹⁵ Als Theodor Haubach im No-

Bonn 1987, S. 593. In der Kritik am SPD-Parteivorstand unterschied sich Heinrich kaum von anderen Reichsbannerleuten. So nannte der Reichsbanner-Bundesführer Karl Höltermann die nicht zum Widerstand bereiten SPD-Führer „unpolitische Nur-Parlamentsakrobaten“. Zit. nach: ebenda, S. 677. Zum Reichsbanner immer noch unverzichtbar: Karl Rohe, *Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold*, Düsseldorf 1966.

¹⁴ Zit. nach: Hans-Rainer Sandvoss, *Widerstand in Spandau* (Anm. 11), S. 17.

¹⁵ Zur Biographie Haubachs vgl. Peter Zimmermann, *Theodor Haubach (1896-1945). Eine politische Biographie*, München/Hamburg 2004. Zum Widerstand von Berliner Sozialdemokraten und Reichsbannerleuten vgl. neben Sandvoss (Anm. 11) Harold Hurwitz/Klaus Sühl, *Autoritäre Tradierung und Demokra-*

vember 1934 verhaftet wurde, übernahm Karl Heinrich die Verantwortung für die Fortsetzung des Widerstands. Er versuchte mit anderen, meist auch aus Berlin-Spandau stammenden Kampfgefährten den Kontakt zu anderen Regionen im Reichsgebiet zu halten, besonders aber in Berlin, einer alten Hochburg der Reichsbannerorganisation, kleine Gruppen, vor allem in Spandau, Wedding und Lichtenberg, zu bilden und auf die illegale Arbeit vorzubereiten. Zu seinen Kampfgefährten gehörten u.a. Erich Wienig vom Wedding und Herbert Dewald aus Treptow.¹⁶ Heinrich lehnte Kontakte zur KPD ab, auch wegen der Gefahr, durch Spitzel verraten zu werden; er hielt aber auch deutliche Distanz zur alten SPD und ihrer Prager Exil-Führung, der er „Bonzenwirtschaft“ und fehlenden Widerstandsgeist vorwarf. Die Widerstandsgruppen besorgten Unterkünfte für gefährdete Genossen, vor allem aber verfassten und verbreiteten sie Flugblätter, die auch von der Gestapo nicht unbemerkt blieben.

Bereits im Jahre 1934 geriet Karl Heinrich deshalb ins Visier der Gestapo. Einem Kriminalsekretär war im Juni 1934 ein seiner Ansicht nach von Heinrich stammendes Flugblatt in die Hände gefallen, das er zusammen mit einer Einschätzung der Person Heinrichs weiterreichte. Er beschrieb Heinrich als einen mit der abwartenden Haltung seiner Partei sehr unzufriedenen Aktivist, der zumindest in Berlin-Spandau „eine Gruppe von 100 Mann“, die mit ihm durch dick und dünn“ gehe, um sich gesammelt habe. Die SPD sei mit Heinrichs Aktivismus nicht einverstanden und Heinrich sei deshalb sehr enttäuscht und wolle unabhängig von ihr agieren. Der Kriminalsekretär empfahl, „mit

tiepotential in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. (Anm. 11), Band 2, S. 133 ff.; zu Heinrich: S. 162.

¹⁶ Beide setzten sich nach 1945 für Heinrich ein und widersprachen als Leidensgefährten Heinrichs sehr energisch den Diffamierungen seitens kommunistischer Mithäftlinge. Vgl. weiter unten.

dem Zugriff“ zu warten, um die anderen „illegalen Kreise“ zuvor abzuklären.¹⁷

Die überlegte Art Heinrichs, die illegale Arbeit zu organisieren, nutzte wenig. Sie wurde aber im Urteil gegen Heinrich besonders hervorgehoben. Sie war für den Volksgerichtshof ein Grund dafür, Heinrich zum „Mittelpunkt und Führer“ der illegalen Reichsbannergruppen zu machen. In der Urteilschrift des Volksgerichtshofes vom 22. Februar 1937 heißt es, er habe in Besprechungen mit gut bekannten Reichsbannerkameraden diese aufgefordert, „an ehemalige Reichsbannerleute heranzutreten und mit ihnen ständig Verbindung zu halten. Es müßten möglichst viele Mitglieder der ehemaligen SPD und des Reichsbanner gesammelt und organisatorisch zusammengefaßt werden, ohne dabei vom Reichsbanner oder vom Marxismus zu sprechen, und zwar müßten Gruppen von 5 und 6 Personen gebildet werden, deren Mitglieder wiederum die Leitung weiterer Gruppen haben müßten. Dieses schneeballmäßige System sollte dazu führen, eine Organisation über ganz Deutschland zu schaffen“.¹⁸

Zur Verurteilung war eine umfängliche Beweiserhebung und Zeugenanhörung notwendig, denn Karl Heinrich leugnete bis zum Schluss alle Vorwürfe und machte keinerlei Zugeständnisse,

¹⁷ Der Bericht des Kriminalsekretärs des Gestapa vom 7.6.1934, auf den Angaben eines V-Mannes fußend, ist in einer dicken Akte enthalten, die auch weitere Spitzelberichte über die SPD, aber auch über Differenzen in der Exil-SPD und über SPD-Grenzgänger enthält. Vgl. Bundesarchiv Berlin, Rep. 58/3329, fol. 63 f. Für den Hinweis darauf danke ich Andreas Sander von der Stiftung Topographie des Terrors.

¹⁸ Das Urteil ist zitiert nach: Hans-Rainer Sandvoss, Die „andere“ Reichshauptstadt. (Anm. 11), S. 99; zum Widerstand der Reichsbannergruppen in Berlin und zum Widerstand überhaupt, ebenda, S. 96 ff. Vgl. auch: ders., Widerstand in Spandau, (Anm. 11), S. 13 ff. und: ders., Widerstand in Friedrichshain und Lichtenberg, (Anm. 11), S. 49.

im Gegenteil: Obwohl ihm die Todesstrafe angedroht worden war, griff er selbst in seinem Schlusswort die Nazi-Diktatur scharf an: „Es stehen hier zwei Weltanschauungen gegenüber, die eine, die nationalsozialistische, die meint, dass jede Meinungsverschiedenheit in Gewalt ausarten müsste, geistige Gegensätze nur durch Gewalt zu lösen wären, und unsere, die demokratische Weltanschauung, die den Standpunkt vertritt, dass sich gegenseitige Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten auch auf friedliche Weise lösen lassen.“¹⁹

Der Volksgerichtshof verurteilte Karl Heinrich zu sechs Jahren Zuchthaus und zu anschließendem Verlust der Ehrenrechte. Seine bereits gekürzte Pension wurde ihm entzogen und seine Ehefrau musste sich, unterstützt von ihrer Tochter, durch Zimmervermietung mühsam durchschlagen. Sie besuchte ihren Mann, so oft es erlaubt wurde, und stellte voller Schrecken fest, wie krank und abgemagert er aussah.

Im Jahre 1937 wurde Heinrich in das Zuchthaus Brandenburg überführt, wo er trotz vielfältiger Schikanen immer wieder auf seinem Recht beharrte und durch ständige Eingaben den Unwillen und den Hass der Wärter noch vergrößerte. Er lehnte im Zuchthaus und auch später in den verschiedenen Lagern jeden Kontakt zu kommunistischen Häftlingen ab, was ihm bald den Ruf einbrachte, er sei ein „Zinker“. Im Juli 1938 kam er in ein Außenlager des Zuchthauses Brandenburg, wo er wegen seines geschwächten Gesundheitszustandes zu Schreibarbeiten eingeteilt wurde. Ende 1938 (oder: im Februar 1939) kam er in das Lager Aschaffendorfermoor,

¹⁹ So der Bericht aus der Erinnerung des Mitangeklagten Grünewald: Vgl. „Bericht des ehemaligen politischen Strafgefangenen Walter Grünewald ... Betrifft: Das Verhalten des politischen Strafgefangenen Karl Heinrich, jetziger [!] Kommandeur der Schutzpolizei Berlin“ vom 15. November 1945, in: AsdD Bonn, Sammlung Personalialia: Karl Heinrich.



eines der 15 sogenannten Emslandlager. Heinrich wurde einer von vielen „Moorsoldaten“, wie Zeitzeugen nach Kriegsende mitteilten. Sie berichteten aber auch, dass bei Ankunft Heinrichs im Lager es einige Kommunisten waren, die ihn als „Knüppel-Heinrich“ begrüßten und die SA-Wächter darauf aufmerksam machten, was für einen prominenten Häftling sie im Lager bewachten. Im Bericht von Erich Wienig, der Heinrich im Lager Aschendorfer Moor als Mithäftling erlebte, heißt es: „Als die Moorfeldbahn an unserem Halteplatz ankam, setzte ein anhaltendes Gebrüll: ‚Da steht ja der Knüppelheinrich‘ von einigen Gefangenen ein. Die Naziposten amüsierten sich köstlich darüber, dass die Mitgefangenen einen früheren ‚SPD-Bonzen‘ erkannt hatten und vor allen Gefangenen beschimpften. Die Empörung der SPD- und Reichsbannerkameraden sowie einiger einsichtiger KPD-Genossen war über diese gemeine Schandtat sehr groß, so dass es nachher im Lager fast zu Schlägereien kam.“²⁰ Die Wächter wurden auch später nicht müde, Heinrich immer wieder zu verhöhnen und zu erniedrigen. Sozialdemokratische und kommunistische Mithäftlinge setzten sich für ihn ein und konnten so die Situation für Heinrich etwas verbessern. Bis 1942, dem offiziellen Ende seiner Zuchthausstrafe, wiederholte sich dieses „Spiel“ freilich in den verschiedenen Lagern, in denen Heinrich seine Leidenszeit fortsetzen musste, immer wieder. Er war in einigen Lagern Barackenältester, er protestierte gegen Misshandlungen seiner Mithäftlinge, was ihm freilich von einigen als „Kungelei“ mit der Lagerleitung ausgelegt wurde. Im August 1942 hatte er seine Strafe verbüßt, aber seine Überführung als sogenannter SchutzhaftHäftling in das Konzentrationslager Sachsenhausen war vorgesehen, d.h. es war keine Rede davon, dass er sich bei den

²⁰ „Bericht des ehemaligen Strafgefangenen Erich Wienig ... Betrifft: Das Verhalten des politischen Mitgefangenen Karl Heinrich, jetziger[!] Kommandeur der Schutzpolizei“ vom 10. Juli 1945, in: AdsD Bonn, Sammlung Personalialia: Karl Heinrich. Vgl. dazu die vollständige Wiedergabe des Berichts zusammen mit anderen Zeitzeugenberichten im Anhang.

Nazi-Machthabern in irgendeiner Weise beliebt gemacht hatte. Er kam nach Berlin in das Gestapo-Gefängnis in der Prinz-Albrecht-Straße, wo eine ärztliche Untersuchung seine Haftunfähigkeit feststellte. Im Herbst 1942 wurde er aus dem Gefängnis in der Prinz-Albrecht-Straße entlassen. Der „Dicke“ hatte über 30 Kilo an Gewicht verloren. Nach seiner Verurteilung und nach seiner Odyssee durch verschiedene Lager hatte der Rechtsanwalt von Heinrich bereits Gnadengesuche an die Justiz gerichtet. Sie wurden alle abgelehnt. Nach seiner Entlassung wollte er nun selbst als alter Soldat wenigstens den Ehrverlust, zu dem er 1937 verurteilt worden war, aufheben lassen. Er stellte deshalb kurz nach seiner Freilassung erneut ein Gesuch auf einen Gnadentat an Hitler und an Göring: Er wolle seinem „Vaterland mit der Waffe dienen“. Die Wortwahl in den Gesuchen, in denen Heinrich sich auf seine soldatischen Auszeichnungen aus dem ersten Weltkrieg berief und die nach Kriegsende der sowjetischen Geheimpolizei zur Verfügung standen, wurde nach 1945 als Beweis für seine angebliche Kumpanei mit den Nazis angeführt. Wie die Gestapo, wie Hitler und Göring wirklich über ihn dachten, geht aus dem Wortlaut des Gestapo-Bescheids hervor, der am 15. Januar 1945 erging und am 27. Januar 1945 zur Ablehnung seines dritten Gesuchs durch das Justizministerium führte. Es heißt im Gestapo-Bescheid ohne große Rücksicht auf Genauigkeit hinsichtlich der historischen Fakten: „[Bei] Heinrich handelt es sich um einen alten fanatischen Marxisten. Er gehörte seit 1914 der SPÖ [!] als Mitglied an und war im Jahre 1923 [!] Mitbegründer des Reichsbanners, bei dem er später eine führende Rolle einnahm. Auf Grund der politischen Vergangenheit und der Straftat werden [gegen] die Wiedererlangung der Wehrwürdigkeit [...] Bedenken erhoben. Er wurde wegen Lager- und Haftunfähigkeit aus der Schutzhaft entlassen, sodass auch die Wehrfähigkeit nicht gegeben sein dürfte. [...]“²¹ Das Konzentra-

²¹ Die verschiedenen Gnadengesuche und deren Ablehnungen befanden sich in

tionslager blieb ihm jedoch erspart. Er wurde entlassen und schlug sich bis zur Befreiung im Jahre 1945, unter Polizeiaufsicht stehend, als Mitarbeiter eines Berliner Verlages durch.²²

Die „Landschaft nach der Schlacht“

Zurück zum Jahre 1945: Wie aber sah die „Landschaft nach der Schlacht“ aus, um den Titel eines Films von Andrej Wajda zu zitieren? Wie sah die Nachkriegsordnung der Sieger, der „Anti-Hitler-Koalition“, aus, in der Karl Heinrich trotz gesundheitlicher Probleme wieder aktiv politisch mitarbeiten wollte?

Die Konferenz von Jalta auf der Krim im Februar 1945 gab der Nachkriegsordnung den Namen. Sie war bestimmt vom Willen der beiden Supermächte Sowjetunion und USA. Die europäischen Staaten, ob auf der Seite der Sieger oder Verlierer, wurden wenig oder gar nicht gefragt. Es war eine Ordnung, die Europa durch ein Gleichgewicht des Schreckens ein halbes Jahrhundert Frieden bescherte - und das Wort Willy Brandt ist sicher richtig: „Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts“.²³

einem kleinen Dossier über Heinrich im früheren SED-Bezirksparteiarchiv, aus dem offenbar fleißig nach 1945 zitiert wurde, wenn es um die Denunziation Heinrichs ging, die ihn entlastenden Passagen aus den Ablehnungen aber blieben unerwähnt. Vgl. Landesarchiv Berlin, [frühere Signatur]: IIGA, ZPA/BPA I/2/045. Vgl. einen Auszug im Anhang.

²² Nach einem Zeitzeugenbericht habe Heinrich auch Kontakte zu den Verschwörern des 20. Juli gehabt. Die Angaben sind wenig wahrscheinlich und weitere Belege dafür gibt es nicht. Vgl. dazu Hans-Rainer Sandvoss, *Widerstand in Spandau*, Anm. 11, S. 13 ff.

²³ Willy Brandt, *Friedenssehnsucht und Friedenspolitik*, in: ders., *Berliner Ausgabe*, Band 5: *Die Partei der Freiheit*, Bonn 2002, S. 369.

Aber diese Nachkriegsordnung war der Grund dafür, dass im Westen die Augen verschlossen blieben vor den autoritären Diktaturen in Spanien, Portugal und in Griechenland. Und mit noch schlimmeren Folgen: Diese Nachkriegsordnung war auch ein Freibrief für Stalin und später für Breschnew, in ihrem Herrschaftsbereich brutal jede freiheitliche Regung zu ersticken: im Jahre 1953 in der DDR, im Jahre 1956 (und später immer wieder) in Polen und 1968 in der CSSR. Und nicht zuletzt in Berlin begann alles bereits wenige Monate nach Kriegsende.

Die von allen Siegermächten bereits während des Krieges diskutierten Pläne zur Aufteilung (oder „Zerstückelung“) des besiegten Deutschland waren – wie die jüngste Zeitgeschichtsforschung belegt – bei Kriegsende zunächst einmal vom Tisch. Stalin wollte sich nicht die Verantwortung für eine Teilung Deutschlands zuschieben lassen. Die Ursache für diesen Sinneswandel in der sowjetischen Deutschlandpolitik war wohl in erster Linie die Hoffnung, den Zugang zu den dringend benötigten Reparationen aus dem Ruhrgebiet nicht zu verlieren. Die neu gegründete Kommunistische Partei sollte daher alles vermeiden, was die übrigen Siegermächte als ein „Überstülpen“ des sowjetischen Herrschaftssystems über die Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone hätten auslegen können.²⁴

Neben dieser Übereinstimmung in der Absicht, Deutschland gemeinsam zu verwalten und nicht aufzuteilen (nur Frankreich scherte zunächst dabei aus) gab es auch einen verbalen Gleichklang der Alliierten bei dem Versuch, das besiegte und besetzte Deutschland demokratisch umzugestalten. Dieser Konsens der

²⁴ Vgl. dazu: Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation. Bearbeitet und herausgegeben von Jochen Laufer und Georgij Kynin, 3 Bände, Berlin 2004. Zu den sowjetischen Plänen vgl. besonders die Einleitungen zu den einzelnen Bänden.

Sieger in der Frage der Demokratisierung Deutschlands war freilich nur eine Worthülse, die den darüber entstehenden Dissens bereits mit einschloss. Zu unterschiedlich waren von Anfang an die Vorstellungen der Sieger darüber, was unter Demokratie zu verstehen sei. Noch im Juni 1945 sprach Stalin gegenüber seinen deutschen Genossen Ulbricht, Ackermann und Sobottka, dass in der zu schaffenden „parlamentarisch-demokratischen Republik“ „die Hegemonie der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei [...] gesichert sein“ müsse.²⁵ Walter Ulbricht brachte dies in seiner bekannten schlichten Art sich auszudrücken, auf den Punkt, wie Wolfgang Leonhard berichtete: „Es ist doch ganz klar: es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“²⁶

Diese Nachkriegsordnung bestimmte auch vom ersten Tag des Waffenstillstands in Berlin am 2. Mai 1945 das Leben der Menschen in den bald vier Sektoren Berlins. Die von den vier Siegern dekretierte Ordnung wirkte sich auch auf das wiederbeginnende politische Leben in ganz Berlin aus.

Im Februar 1945 hatten die Siegermächte in Jalta die gemeinsame Verwaltung des besiegten Deutschland beschlossen und am 2. August 1945 in Potsdam als Ergebnis der sog. Berliner Konferenz im „Potsdamer Abkommen“ bekräftigt. Berlin sollte von allen vier Siegermächten besetzt und auch als Stadt gemeinsam verwaltet werden, da es als Sitz der Viermächteverwaltung Deutschlands vorgesehen war.²⁷ Zunächst aber wurde Berlin zwi-

²⁵ Vgl. dazu Jochen Laufer, „Genossen, wie ist das Gesamtbild?“ Ackermann, Ulbricht und Sobottka in Moskau im Juni 1945, *Deutschland Archiv*, H. 3/1996, S. 355 ff.

²⁶ Vgl. Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Berlin 1961, S. 294.

²⁷ Vgl. dazu und für das folgende: Siegfried Heimann, *Die Wiedergründung der Berliner SPD und die Behauptung als selbständige Sozialdemokratie im Jahre*

schen dem 22. April und 2. Mai 1945 von der Roten Armee – und nur von ihr – erobert, besetzt und von den Nazis befreit. Noch vor dem Ende der Kämpfe übernahm Generaloberst Bersarin mit seinem Befehl Nr. 1 als Stadtkommandant die „gesamte administrative und politische Macht“ in Berlin. Nachdem die brutalen Disziplinlosigkeiten sowjetischer Soldaten bei der Eroberung Berlins – die Plünderungen und Vergewaltigungen – ein Ende gefunden hatten, war die Sicherstellung der Ernährung einer Millionenbevölkerung das Hauptproblem der sowjetischen Militärverwaltung. Der Name Bersarin blieb den Berlinerinnen und Berlinern in dem Zusammenhang in guter Erinnerung und Bersarin ist nicht zu Unrecht Ehrenbürger Berlins. Aber viele andere Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht gerade in den ersten Wochen und Monaten nach Kriegsende blieben in Berlin in weniger guter Erinnerung. In Erwartung der westlichen Alliierten war sie vor allem bemüht, die politischen und die administrativen Strukturen soweit wie möglich für ganz Berlin zu präjudizieren und mit Hilfe der aus Moskau zurückgekehrten Kader der KPD wichtige Positionen in den Verwaltungen in ihrem Sinne zu besetzen.

Die westlichen Alliierten ließen allerdings noch auf sich warten. Die Sowjetunion koppelte ihre Zustimmung zum Einmarsch westalliierten Soldaten in Berlin an den Rückzug britischer und amerikanischer Truppen aus den von diesen besetzten Teilen der künftigen sowjetischen Besatzungszone. Dieser Rückzug begann am 1. Juli. Am gleichen Tag erreichten die ersten amerikanischen Truppen den Süden Berlins. Das Gros der amerikanischen und britischen Truppen traf am 4. Juli in Berlin ein. Der Befehl Nr. 1 der Alliierten Kommandantur vom 11. Juli 1945 bestimmte den Rahmen der weiteren gemeinsamen Verwaltung Berlins. Er legte fest, dass alle bisher erlassenen Befehle und Anordnungen des sowjetischen Stadt-

kommandanten und des Magistrats in Kraft bleiben sollten, soweit sie Berlin als Ganzes betrafen. Neue Befehle und Anordnungen konnten nur erlassen werden, wenn die vier Stadtkommandanten einstimmig entschieden. Künftige gegenseitige Blockaden gemeinsamer Verwaltungspolitik waren so schon mit dem Befehl Nr. 1 der Alliierten Kommandantur programmiert.²⁸

Der zusammen mit anderen kommunistischen Emigranten aus Moskau zurückgekehrte Walter Ulbricht hatte bereits in den ersten Maitagen 1945 seinen kommunistischen Genossen erläutert, wie bei der Einsetzung der Bezirksverwaltungen und des Berliner Magistrats zu verfahren sei: „Die Bezirksverwaltungen müssen politisch richtig zusammengestellt werden. Kommunisten als Bürgermeister können wir nicht gebrauchen [...] höchstens im Wedding [...] in den bürgerlichen Vierteln [...] müssen wir an die Spitze einen Bürgerlichen stellen.“ Er fuhr fort. „Und nun zu unseren Genossen! Der erste stellvertretende Bürgermeister, der Dezerent für Personalfragen und der Dezerent für Volksbildung - das müssen unsere Leute sein.“²⁹ Und so geschah es. Was zunächst so aussah, als wollten die Kommunisten sich beim politischen Neubeginn bereitwillig in ein breites Spektrum demokratischer Kräfte einordnen, war von sowjetischer Seite aus sorgfältig geplant. Und das galt in noch größerem Maße bei der Besetzung hoher Funktionen bei der neugeschaffenen Berliner Polizei.

Erste Konflikte ließen deshalb nicht lange auf sich warten. Amerikaner und Briten nahmen von Anfang an Anstoß an der von ihnen als einseitig empfundenen politischen Zusammensetzung der Bezirksverwaltungen und der Magistratsverwaltung, da

²⁸ Vgl. dazu, auch für den Wortlaut der ersten alliierten Verordnungen: Berlin 1945. Eine Dokumentation, herausgegeben von Reinhard Rürup, Berlin 1995.

²⁹ Wolfgang Leonhard, (Anm. 26), S. 293 f.

unterhalb der obersten Ebene das Übergewicht von kommunistischen Verwaltungsangestellten nicht zu übersehen war.

Karl Heinrich – Kommandeur der Berliner Schutzpolizei

Der Befehl Nr. 1 der Alliierten Kommandantur verhinderte, dass hier Korrekturen vorgenommen werden konnten, da ein einfaches Nein des sowjetischen Stadtkommandanten eine einstimmige Entscheidung unmöglich machte. Die sowjetische Besatzungsmacht war daher mit dieser Regelung sehr zufrieden, mit einer Ausnahme: Der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Karl Heinrich, wäre ebenfalls nur einstimmig abzulösen gewesen. Als erkennbar geworden war, dass Heinrich als bekennender Sozialdemokrat nicht so einfach am Gängelband der sowjetischen Besatzungsmacht zu führen war, musste aus dem Polizeikommandeur Heinrich ein „Fall Heinrich“ werden. Historiker betonen daher zu Recht – ohne die nazistische Barbarei deswegen mit stalinistischen Verbrechen gleichzusetzen – die Kontinuität der Verfolgung von Sozialdemokraten in den einstigen SPD-Hochburgen in der sowjetischen Besatzungszone.³⁰

Die neu aufgebaute Polizei war in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und zunächst auch in ganz Berlin von Anfang an eine Domäne der Kommunisten, die sorgsam darauf achteten, dass sie unter sich blieben, und die wenigen ehemaligen Sozialdemokraten waren schnell entfernt. Das gilt für alle Regionen der SBZ, nur in der Viermächtestadt Berlin dauerte es länger, die Polizei von aus der Sicht der SED unzuverlässigen sprich: sozialdemokratischen Elementen zu säubern.

³⁰ Vgl. Beatrix Bouvier, Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945-1953, Bonn 1996.

Die seit Mai 1945 in Berlin von der sowjetischen Besatzungsmacht aufgebaute Polizei, auch öffentlich bereits „Volkspolizei“ genannt, unterstand der sowjetischen Geheimpolizei. Der NKWD war wenig geneigt, sich von der eigenen Militärverwaltung in seine Politik hineinreden zu lassen, noch viel weniger von den ab Juli 1945 in Berlin präsenten westlichen Besatzungsmächten. Immer wieder kam es daher zu Konflikten, die allerdings wegen des zunächst vor allem von den Briten, aber auch von den Amerikanern akzeptierten „Eintrachtgebots“ kaum in die Öffentlichkeit drangen. An der Spitze der Berliner Polizei stand als Polizeipräsident im Range eines Obersten der frühere Hauptmann und Ritterkreuzträger der Wehrmacht Paul Markgraf, von dem amerikanische Besatzungsoffiziere noch im Herbst 1947 wegen seiner Vergangenheit annahmen, dass er bald in den Westen fliehen werde. Alle diejenigen aber, die Markgraf täglich erlebten, wussten schnell, dass er ein willfähriges Werkzeug in den Händen der sowjetischen Geheimpolizei war und auch sein wollte.³¹ Ferdinand Friedensburg, der als Bürgermeister von Berlin mit für die Polizei verantwortlich war, klagte noch in seinen Erinnerungen, dass in Polizeiangelegenheiten der von der sowjetischen Besatzungsmacht aus Moskau mitgebrachte Polizeipräsident Paul Markgraf gar nicht daran dachte, der Stadtverwaltung irgendwelche Mitsprache zuzugestehen. Friedensburg fand eindeutige Worte über ihn: „Gegenüber dem eigenwilligen und unaufrichtigen, wenn auch keineswegs unfähigen Polizeipräsidenten Paul Markgraf, einem ehemaligen Offizier der Hitlerschen Wehrmacht, der bei Stalingrad in sowjetische Gefangenschaft geraten, dort zu einem bedingungslosen Werkzeug der sowjetischen Politik umgeschult und sofort nach dem Waffenstillstand nach Berlin geflogen wor-

³¹ Vgl. dazu: Harold Hurwitz, Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierungsnot der Deutschen 1945-1946. (Anm. 11), Band 3, S. 198 ff. Zum Aufbau der Polizei vgl. auch: Norbert Steinborn/Hilmar Krüger, Die Berliner Polizei 1945-1992, Berlin 1993.

den war, kam jedoch eine ernsthafte Mitbestimmung der Stadtverwaltung kaum in Frage.“³² Der Berliner Magistrat, in dem ja auch die KPD gut vertreten war, musste noch Ende 1945 Klage darüber führen, dass die „Zusammenarbeit zwischen Magistrat und Polizeipräsident [...] bisher viel zu wünschen übrig [ließ], sie muss in Zukunft weit enger und harmonischer werden.“³³

Schon unmittelbar nach Kriegsende, verstärkt aber, nachdem die Westalliierten ihre Sektoren übernommen hatte, meldeten sich dennoch oder gerade viele Sozialdemokraten zum Polizeidienst. Schließlich war vor 1933 zumindest die preußische Polizei, nicht zuletzt in Berlin, eine sozialdemokratische Domäne gewesen. Viele Polizisten, die auch schon vor 1933 Polizisten gewesen waren, traten im Sommer und Herbst 1945 (wieder) der SPD bei und es schien möglich, dass zumindest in den westlichen Sektoren eine sozialdemokratische Dominanz in der Polizei die Folge sein würde.³⁴ Dem galt es aus der Sicht der sowjetischen Besatzungsmacht einen Riegel vorzuschieben.

Die unmittelbare Nachkriegsgeschichte aber ist nicht nur eine Geschichte des Agierens der Besatzungsmächte, sondern auch eine Geschichte der vielfältigen Interaktion zwischen Siegern und Besiegten. Man kann es auch, bezogen auf das Schicksal Karl Heinrichs, anders ausdrücken: Die Verhaftung des Sozialdemokraten Karl Heinrich durch die sowjetische Besatzungsmacht und

³² Vgl. Ferdinand Friedensburg, Es ging um Deutschlands Einheit. Rückschau eines Berliners auf die Jahre nach 1945, Berlin 1971, S. 144 f.

³³ Protokoll der Magistratssitzung vom 10.12.1945, in: Die Sitzungsprotokolle des Magistrats der Stadt Berlin 1945/46, Teil 1, Berlin 1995, S. 691.

³⁴ Vgl. dazu die Belege für eine „Eintrittswelle“ im Bezirk Schöneberg, die erst nach dem April 1946 zu Ende war, bei Harold Hurwitz, Autoritäre Tradierung und Demokratiepotehtial in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, (Anm. 11), Band 2, S. 252 f.

die vorangehende bereitwillige Denunziation durch einen oder mehrere Kommunisten sind nur zwei Seiten einer Medaille, die den Sozialdemokraten in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone nicht lange verborgen blieb.

Politischer Neubeginn

Als am 2. Mai 1945 fast überall in Berlin der Lärm der Waffen verstummt war, hatten ja nur wenige geglaubt, dass schon bald wieder ein – wenn auch bescheidenes – politisches Leben in Berlin beginnen könnte. Es waren meist frühere Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaften, die auf einen baldigen politischen Neubeginn hofften. Aber ihre Hoffnungen waren durch die Tatsache belastet, dass die deutsche Arbeiterbewegung trotz mutiger Beispiele des Widerstands gegen die Nazi-Diktatur nur wenig dazu beigetragen hatte, das Nazi-Regime zu beenden. Die Sieger setzten die Bedingungen für einen Neubeginn und das war im Mai und im Juni 1945 in Berlin zunächst die Rote Armee.

Umso überraschter waren alle – mit Ausnahme der Kader der KPD –, als die sowjetische Besatzungsmacht schon am 10. Juni 1945 für den Bereich der sowjetischen Besatzungszone - und damit auch für ganz Berlin – „die Bildung und Tätigkeit von antifaschistischen Parteien“ erlaubte. Einen Tag später gab die KPD der Öffentlichkeit ihre (Wieder-)Gründung bekannt.

Berliner Sozialdemokraten um Otto Grotewohl und Max Fechner konstituierten sich daraufhin zu einem „Zentralausschuss der SPD“ und formulierten einen „Gründungsaufruf“, der in ganz Berlin gehört wurde. Im Sommer 1945 war fast überall in Berlin der organisatorische Aufbau der SPD abgeschlossen.

Erst im Herbst 1945 begann die KPD auf eine Vereinigung von KPD und SPD zu drängen. Sie musste zu dieser Zeit feststellen, dass sie – gemessen an der Mitgliederzahl – wieder die kleinere der beiden Arbeiterparteien zu werden drohte. Aus ihrer Sicht nur zu verständlich, strebte die KPD jetzt eine Vereinigung an, auch wenn sie nur in der sowjetischen Besatzungszone zu erreichen war. Sozialdemokraten dagegen wiesen immer häufiger auf die schlechten Erfahrungen hin, die die SPD inzwischen überall in der Zusammenarbeit mit Kommunisten hatten machen müssen. Bei vielen SPD-Mitgliedern war ein kaum mehr abbaubares Misstrauen gegenüber den Absichten der KPD entstanden.

Aber es waren nicht nur schlechte Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der KPD auf allen politischen Ebenen, es gab konkrete Hinweise, dass SPD-Genossen, die nicht so mitarbeiteten, wie es die sowjetische Militäradministration und ihre kommunistischen Helfershelfer wollten, im Sommer und Herbst 1945 und im Frühjahr 1946 einfach „verschwanden“. Der Begriff „Verschwundene“ wurde zum Synonym für die nicht wenigen Menschen im Berlin der Nachkriegszeit, die von der sowjetischen Besatzungsmacht festgenommen wurden und „für lange Zeit, manchmal für immer, von der Bildfläche verschwanden, ohne dass ihre Angehörigen Auskunft über ihren Verbleib erhielten“.³⁵ Zu diesen Verschwundenen gehörte als einer der ersten Karl Heinrich.

³⁵ Manfred Rexin, Verschwundene, in: Franz Neumann. Arbeiterkind - Sozialdemokrat - Abgeordneter, herausgegeben vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin und dem Franz-Neumann-Archiv, Berlin 2005, S. 52 ff. Im Februar 1948 waren bei der Berliner SPD „Meldungen über insgesamt 6 455 verschwundene Personen eingegangen ...“ Vgl. „Bericht über die ab Juni 1945 Verschleppten in Berlin und Zone“, in: FNA Berlin, Nl. Neumann VII 11/1.

Wie aber und warum war Karl Heinrich ins Visier der sowjetischen Besatzungsmacht geraten?

Heinrich hatte sich sofort nach Kriegsende für den Wiederaufbau der Berliner Polizei zur Verfügung gestellt. Er war zunächst Reviervorsteher in seinem Wohnbezirk Berlin-Spandau.³⁶ Offenbar aufgrund der Empfehlungen von kommunistischen Mithäftlingen aus dem Zuchthaus Brandenburg wurde Heinrich noch im Mai (spätestens: Anfang Juni) 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht zum Kommandeur der wieder entstehenden Berliner Schutzpolizei ernannt. Heinrich war zwar als bekennender Sozialdemokrat bekannt, er hatte am 17. Juni 1945 an der „Funktionsversammlung“ der Berliner SPD in Berlin-Kreuzberg teilgenommen.³⁷ Aber erste aus dieser Zeit stammende Denunziationen seiner Person waren im Juni offenbar noch kein Hindernis, Heinrich auf diesen wichtigen Posten zu berufen. Allerdings konnte die sowjetische Geheimpolizei sicher sein, dass ihr nichts von den Aktivitäten Heinrichs unbekannt blieb. Der Leiter der Personalstelle der Schutzpolizei und seine Sekretärin waren zugleich auch als Spitzel für den NKWD tätig und berichteten getreulich, was sie von der Tätigkeit Heinrichs erfuhren.³⁸ Und sie hatten mancherlei zu berichten, was der sowjetischen Besatzungsmacht nicht gefallen konnte. Die Briten, in deren Sektor Heinrich als Spandauer wohnte, nahmen an seinem Schicksal besonderen Anteil. Sie schätzten ihn als einen besonders „erfahrenen und fähigen Polizisten“ ein, der die Polizei frei von Kor-

³⁶ Vgl. Ein Kämpfer für die Freiheit, in: Berliner Polizei. Mitteilungsblatt Nr. 9 vom September 1962.

³⁷ Vgl. Klaus-Peter Schulz, Auftakt zum Kalten Krieg, Berlin 1965, S. 90. Schulz nannte als vermutliches Todesdatum das Jahr 1948. Vgl. zur „Funktionsversammlung“: „Wo stehen wir? Wohin gehen wir?“ Die Wiedergründung der SPD in Berlin im Jahre 1945, Berlin 2005.

³⁸ Vgl. Neue Zeitung vom 3.2.1951 und: Peter Erler, a.a.O., S. 24.

ruption und Politik halten wolle. Er habe deshalb auch einen ihm untergebenen Polizisten der Korruption bezichtigt, was die spätere Verurteilung dieses Polizisten zur Folge gehabt habe.³⁹ Heinrich sammelte in der Tat Material über Korruptionsfälle, an denen auch Polizisten beteiligt waren, die der KPD angehörten. Einige KPD-Mitglieder, die vor 1945 mit Heinrich in den verschiedenen Lagern zusammen gewesen waren, meinten nun, die alten Geschichten vom „Knüppel-Heinrich“ würden genügen, um ihn als Kommandeur unmöglich zu machen. Sie denunzierten Heinrich als einen willfährigen Helfer der KZ-Wärter, als „Gestapo-Agenten“, der als Kapo auch Mithäftlinge brutal misshandelt habe.⁴⁰ Aber noch passte das der sowjetischen Besatzungsmacht nicht in die Linie ihrer Politik.

Heinrich war jedoch auch unzufrieden mit der Dominanz der KPD in den Reihen der Schutzpolizei, er wollte - und, wie das Beispiel Schöneberg zeigt, mit Erfolg - diese einseitige politische Ausrichtung der Berliner Polizei verändern. Zu diesem Zweck unterhielt er auch enge Kontakte mit der britischen Besatzungsmacht, die der sowjetischen Besatzungsmacht besonders ein Dorn im Auge waren. Es widersprach deren Zielsetzung, es zwar demokratisch aussehen zu lassen, aber dennoch alles in der Hand zu behalten. Heinrich sollte, um ihn besser unter Kontrolle zu haben, deshalb auch aus dem britischen in den sowjetischen Sektor umziehen, was dieser jedoch nicht tat.

Heinrich wurde so spätestens im Sommer 1945 zum Haupthindernis bei dem Versuch, die Schlüsselpositionen der Berliner Polizei mit Kommunisten zu besetzen. Aufgrund der gemeinsamen

³⁹ Vgl. dazu die von Hurwitz zitierte Einschätzung der Person Heinrichs durch die britische Besatzungsmacht vom Oktober 1945: Harold Hurwitz, *Die Anfänge des Widerstands*, (Anm. 11), Band 4/1, S. 605.

⁴⁰ Vgl. Peter Erler, (Anm. 11), S. 26.

alliierten Verwaltung der Stadt, die Entlassungen nur durch einen einstimmigen Beschluss der vier Alliierten möglich machten, musste deshalb ein anderer Weg gewählt werden.

Verhaftung und Tod

Die Ereignisse am 2. August 1945 und in den Wochen danach ließen sich nur mühsam rekonstruieren, wobei bis ins Jahr 1948 hinein die Familie und die Berliner SPD immer noch annahmen, Heinrich sei noch am Leben bzw. erst im Jahre 1946 verstorben. Nur allmählich gab es immer mehr Hinweise darauf, wie sich Anfang August 1945 das Schicksal Heinrichs erneut dramatisch verändert hatte.

Am 2. August 1945 wurde Karl Heinrich zu einer dienstlichen Besprechung zum Polizeipräsidenten Markgraf in das Polizeipräsidium bestellt. Die vom Berliner Senat 1961 herausgegebene Chronik Berlins registriert unter dem 2. August 1945 nur sehr knapp, nachdem ausführlich auf das Ende der Potsdamer Konferenz am gleichen Tage eingegangen worden war, dass auf „Veranlassung der sowjetischen Zentralkommandantur [...] der am 18. Mai 1945 ernannte Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Major Karl Heinrich (SPD), ohne Angaben von Gründen verhaftet [wird]“.⁴¹

Das Landesarchiv Berlin hat 1956 versucht, die Hintergründe für die Verhaftung Heinrichs aufzuklären. Die befragten Zeugen nannten kommunistische Denunziationen als Hauptgrund. Diese

⁴¹ Vgl. Berlin. Kampf um die Freiheit und Selbstverwaltung 1945-1946, Berlin 1961, S. 136. Die kurze Notiz erwähnt auch die Verfolgung unter der Nazi-Diktatur und gibt auch Zeit und Ort seines Todes an: 3. November 1945 im Konzentrationslager Hohenschönhausen.

Denunziationen boten sicherlich der sowjetischen Geheimpolizei willkommenes Material, um einen Prozess gegen Heinrich vorzubereiten. Der gleichfalls erhobene Vorwurf, er sei ohne Berechtigung im Besitz einer Waffe gewesen, aber zeigt, dass dem NKWD auch noch andere vorgeschobene Gründe eingefallen wären, um das Ziel der Ablösung Heinrichs zu erreichen. Der auch als möglicher Hintergrund genannte Versuch Heinrichs, die Täter des Mordes an den Berliner Polizisten Lenk und Anlauf im Jahre 1931 ausfindig zu machen, und eine daraufhin erfolgende angebliche Denunziation Heinrichs durch Erich Mielke, der damals die Polizeiinspektion in Lichtenberg leitete, sind aber offenbar nur Vermutungen.⁴²

Auch wenn die Motive der sowjetischen Geheimpolizei, aus dem Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Karl Heinrich Mitte 1945 einen „Fall Heinrich“ zu machen, nicht so leicht aufzuklären waren, wog zunächst schwerer, dass auch das Schicksal Heinrichs seit dem 2. August 1945 für längere Zeit von seiten der sowjetischen Besatzungsmacht bewusst im Dunkel gehalten wurde. Seine Frau und seine Tochter wussten nur, dass er nicht nach Hause gekommen war, sie erfuhren aber nicht, wo er sich aufhalten könnte, auch wenn die Vermutung, dass der NKWD damit etwas zu tun hatte, auf der Hand lag.

⁴² Vgl. dazu: Berlin. Quellen und Dokumente 1945-1951, 1. Halbband, Berlin 1964, S. [] Anm. 12. Die Anmerkung, die ausführlich das Schicksal Heinrichs schildert, dokumentiert den Stand der Kenntnis Mitte der sechziger Jahre. Auch der Tod Heinrichs noch im Jahre 1945 wird bezeugt. Zu Mielke: Wilfriede Otto geht der Frage nach, inwieweit Heinrich Erich Mielke als Mordschützen vom Bülowplatz erkannt habe und Mielke ihn daher 1945 bei der sowjetischen Besatzungsmacht denunziert habe. Das wurde immer wieder einmal in der Westberliner Presse behauptet, um die im Dunkeln gebliebenen Gründe für Heinrichs Verhaftung aufzuklären. Wilfriede Otto nennt überzeugende Argumente, dass kein Zusammenhang besteht. Die aber dennoch bekannten Denunziationen von anderen Kommunisten sind Wilfriede Otto keiner Kommentierung wert. Vgl. Wilfriede Otto, Erich Mielke. Biographie, Berlin 2000, S. 95 ff.

Als Heinrich auch am 3. August noch nicht wieder nach Hause zurückgekommen war und sich auch nicht gemeldet hatte, suchte die Ehefrau Heinrichs am 4. August den Polizeipräsidenten auf und forderte Aufklärung über den Verbleib ihres Mannes. Markgraf erklärte, Heinrich sei während der Besprechung von sowjetischen Offizieren aus dem Zimmer geholt worden. Er habe erst am Abend gemerkt, dass Heinrich nicht zurückgekehrt sei, da Heinrichs Brille noch auf seinem Schreibtisch gelegen habe.⁴³

Mit dieser mehr als fadenscheinigen Erzählung beginnt ein Verwirrspiel der sowjetischen Besatzungsmacht gegenüber der Familie Heinrichs, gegenüber den ebenfalls Auskunft heischenden Alliierten und gegenüber den Berliner Sozialdemokraten, die ja schließlich mit der KPD vertrauensvoll in der Verwaltung zusammenarbeiten sollten und zu diesem Zeitpunkt trotz wachsender Vorbehalte auch noch wollten.⁴⁴ Das erklärt auch eine erste Reaktion von Otto Grotewohl, der im September 1945 noch sehr energisch nachfragte. Er drohte, als nach Heinrich im Frühherbst 1945 noch zehn weitere Sozialdemokraten „verschwanden“, keine Sozialdemokraten mehr für Stellen in der Ver-

⁴³ Vgl. Zusammengefaßter Bericht über die mir bekannten Vorgänge in der Angelegenheit meines Vaters, Polizeimajor Karl Heinrich, Kommandeur der Schutzpolizei, Berlin“ der Tochter Gertrude Heinrich vom 10.7.1947, in: Sopade, Informationsdienst 3 (Anm. 11)

⁴⁴ Mysteriös bleibt eine Zeitungsmeldung vom Tag des Verschwindens von Heinrich in der ersten Nummer der von der britischen Militärverwaltung herausgegebenen Zeitung „Der Berliner“, in der berichtet wurde, Markgraf sei als Polizeipräsident abgelöst und durch Heinrich ersetzt worden. Die Meldung wurde sogar noch Mitte August in der Frankfurter Rundschau wiederholt. Vgl. Der Berliner vom 2.8.1945 und Frankfurter Rundschau vom 15.8.1945. Die Meldung kann allerdings kaum Anlass für die Festnahme Heinrichs gewesen sein, wie Peter Erler, (Anm. 11), S. 28 unterstellt, da Heinrich ja schon am frühen Vormittag des 2.8. im Polizeipräsidium erschienen war.

waltung vorzuschlagen, solange ihm keine plausiblen Gründe für die Verhaftung Heinrichs genannt würden.⁴⁵

Auch die Westalliierten verlangten Auskunft. Der amerikanische Stadtkommandant wollte schon am 6. August wissen, warum Heinrich verhaftet worden sei. Am 8. August 1945 antwortete General Gorbатов, dass Heinrich im Verdacht stehe, Gestapo-Agent gewesen zu sein, dass er als Polizeimajor vor 1933 brutal gegen Demokraten vorgegangen sei, im KZ als Kapo seine Mitgefangenen misshandelt und nach 1945 verbotenerweise eine Waffe besessen habe. Die Antwort war eine knappe Zusammenfassung aller Denunziationen der vom NKWD angehörten Kommunisten, die dem sowjetischen Geheimdienst offenbar alles berichteten, was dieser hören wollte.⁴⁶ Das Unglück wollte es aber darüber hinaus, dass Heinrich in seiner Aktentasche eine Pistole und Munition mit sich führte. Das wäre an sich für einen Polizeikommandeur nicht erstaunlich, im besetzten Berlin war allerdings zu jener Zeit der Polizei das Tragen von Schusswaffen noch untersagt und wurde von allen Besatzungsmächten verfolgt. Ein willkommener Anlass für die nun offenbar noch am gleichen Tag vorgenommene, aber erst später in den Akten verzeichnete Verhaftung war gefunden. Heinrich, der natürlich um die Brisanz des Waffenfundes wusste, hatte in den Vernehmungen Mühe, die

⁴⁵ Vgl. Harold Hurwitz, *Die Anfänge des Widerstands*, (Anm. 11), Band 4/1, S. 180 ff.

⁴⁶ Vgl. die Zusammenfassung des Berichts von Gorbатов an Parks vom 8.8.1945 in: Harold Hurwitz, *Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierungsnot der Deutschen, 1945-1946*, (Anm. 11), Band 3, S. 199. Zu den Zeugenaussagen der Denunzianten vgl. Peter Erler, (Anm. 11), S. 28 ff. Es berührt in diesem Teil der Darstellung Erlers etwas eigenartig, dass Erler dem Ablauf der Zeugenvernehmungen offenbar den Charakter einer ernsthaften Untersuchung zubilligt, in der es um die Wahrheitsfindung ging, so etwa, wenn er Heinrich bescheinigt, er habe auf die Frage des Vernehmers nach dem Waffenbesitz keine „überzeugende Antwort“ gefunden. Vgl. a.a.O., S. 32.

Herkunft der Waffe zu erklären. Dazu kamen die schon im Mai erfolgten Denunziationen Heinrichs von kommunistischer Seite, die nun erneut Anlass für Befragungen und Zeugenvernehmungen waren. Die von Heinrich benannten Zeugen hüteten sich, ihn eindeutig zu entlasten, da ja offensichtlich war, was die Vernehmer hören wollten.⁴⁷ Vor allem Heinrichs Verhalten am 1. Mai 1929 in Berlin war nun plötzlich vor allem Thema der Zeugenbefragungen, da man hoffte, Heinrich eine Verantwortung am Tode von Demonstranten während des sogenannten Blutmai von 1929 nachweisen zu können.

Die Vernehmungen, bei denen Heinrich offenbar auch geschlagen und misshandelt wurde, dauerten fast zwei Monate. Am 28. September 1945 wurde ein Abschlussbericht fertiggestellt: Die Schuld Heinrichs sei nachgewiesen. Es handele sich um bewaffneten Widerstand gegen die Sowjetunion und um konterrevolutionäre Sabotage. Zuständig sei deshalb ein Militärgericht und die Akten wurden am 3.10.1945 dem sowjetischen Militärstaatsanwalt der Berliner Garnison übergeben. Ein Prozess mit vorhersehbarem Urteil war zu erwarten.

Der Prozess fand nicht statt. Noch während der Untersuchung erkrankte Heinrich, geschwächt durch jahrelange Lagerhaft, durch Misshandlungen und unzureichende Ernährung schwer an Lungen- und Nierenentzündung. Am 4. Oktober ließ ihn der NKWD in das Krankenrevier des sowjetischen Speziallagers in Berlin-Hohenschönhausen überführen, ohne die den Prozess vorbereitende Militärstaatsanwaltschaft davon zu informieren. Heinrichs Gesundheitszustand verschlechterte sich sehr schnell, da wegen

⁴⁷ Es war nicht üblich, dass auch Entlastungszeugen gehört wurden. Offenbar war der NKWD bemüht, wie Peter Erler vermutet, in dem geplanten Prozess eine korrekte Vernehmungsakte vorlegen zu können, um auch vor den Augen westallierter Beobachter zu bestehen.

fehlender Medikamente keine angemessene Behandlung möglich war. Karl Heinrich starb am 3. November 1945 an „Paralyse lebenswichtiger Organe“, wie der NKWD als Todesursache angab. „Beerdigt wurde er sang- und klanglos wie alle übrigen verstorbenen Insassen in den Karbidkalkgruben in der Höhe des Güterbahnhofs, etwa 600 bis 800m von den Gleisen entfernt“, in einem Massengrab.⁴⁸

Die Suche nach dem verschwundenen Polizeikommandeur

In die Öffentlichkeit drang davon nichts. Auch seine Ehefrau erfuhr nichts über den Verbleib ihres Mannes. Sie erhielt immerhin, was freilich falsche Hoffnungen weckte, nach kurzer Unterbrechung auf Drängen der britischen Besatzungsmacht weiterhin das Gehalt ihres Mannes ausgezahlt, bis dann im Februar 1946 die Zahlungen plötzlich eingestellt wurden und Gertrud Heinrich in Not zu geraten drohte.⁴⁹

⁴⁸ Vgl. die anonyme Zuschrift eines (offenbar) Mithäftlings im März 1948 an den Telegraf. Das genaue Todesdatum wird nicht genannt. Die Zuschrift spricht nur von „Winter 1945/46“. Vgl. „Das Schicksal Karl Heinrichs,“ in: Telegraf vom 31.3.1948. Vgl. auch zu der merkwürdigen Desinformationspolitik des NKWD gegenüber der eigenen Militärstaatsanwaltschaft: Peter Erler, (Anm. 11), S. 37 f.

⁴⁹ Zur Einstellung der Gehaltszahlungen Anfang 1946 vgl. Berliner Zeitung vom 14.6.1947. Da Heinrichs Tod nicht geklärt war, konnte sie (und wollte sie) zunächst keine Witwenrente bekommen. Entschädigungszahlungen wegen der nazistischen Verfolgung ihres Mannes wurden in beschämender Weise verzögert, da noch 1956 das Gerücht gestreut wurde, Heinrich sei SA-Mann gewesen und seine Witwe habe deswegen keinen Anspruch. Erst im November 1956 erhielt die inzwischen in Worms wohnende Witwe Heinrichs die Mitteilung, dass nun endlich eine erste Rate vom Westberliner Entschädigungsamt angewiesen worden sei, Vgl. den Briefwechsel dazu mit der Berliner Senatsverwaltung und mit Frau Heinrich, in: FNA Berlin, Nl. Neumann IXa/11.

Auch die Westalliierten blieben ohne Information, wollten es aber vielleicht auch nicht allzu genau wissen, denn noch galt das „Gebot der Eintracht mit der UdSSR“, das nicht zuletzt verlangte, dass die „Verschleppung von Deutschen aus ihrem Sektor von offizieller Seite nicht dramatisiert werden sollte“.⁵⁰

Noch im Dezember 1945 trug die Alliierte Kommandantur deshalb ein weiteres Mal zum Verwirrspiel um Heinrich bei. Sie erließ am 29. Dezember eine Anordnung (BK/O [45] 299) wonach „bis zur Rückkehr von Major Karl Heinrich“ ein stellvertretenden Leiter der Schutzpolizei zu ernennen sei, woraufhin der Polizeipräsident Markgraf am 11. Januar 1946 „für die Dauer der Behinderung des bisherigen Kommandeurs der Schutzpolizei“ einen kommissarischen Leiter der Schutzpolizei bestellte.⁵¹ Zu diesem Zeitpunkt waren seit dem Tod Heinrichs bereits fast zehn Wochen vergangen. Der sowjetische Stadtkommandant, der sicher vom Tode Heinrichs wusste, tat nichts, um seine Kollegen in der Alliierten Kommandantur über das Schicksal Heinrichs zu informieren. Im Gegenteil: Am 25. April 1946 erklärte der sowjetische Major Smirnow in einer Sitzung des Komitees für öffentliche Sicherheit der Alliierten Kommandantur noch einmal ausdrücklich, obwohl er es sicher besser wusste, dass die Schuld Heinrichs erwiesen sei. Er sei „nach sowjetischen Gesetz [...] in ein Straflager geschickt worden“.⁵²

Leidensgenossen Heinrichs aus der Zeit der Nazi-Diktatur, die ihn schon nach den ersten Diffamierungen seiner Person in der

⁵⁰ Vgl. Harold Hurwitz, Die Anfänge des Widerstands. Führungsanspruch und Isolation der Sozialdemokraten. (Anm. 11), Band 4/1, S. 179.

⁵¹ Vgl. Berlin. Kampf um die Freiheit und Selbstverwaltung 1945-1946, Berlin 1961, S. 307 und S. 320.

⁵² Vgl. Berlin. Quellen und Dokumente 1945-1951, 1. Band, Berlin 1964, S. 262.

kommunistischen Presse durch Erklärungen in Schutz nehmen wollten, taten das meist noch in der Annahme, dem inhaftierten Heinrich damit helfen zu können, wieder frei zu kommen. Sie berichteten über ihre Erfahrungen in der Lagerhaft und über ihre Begegnung mit Heinrich und kamen zu eindeutigen Aussagen über das untadelige Verhalten des KZ-Häftlings Heinrich. Besonders anrührend ist ein Brief von Fritz Schäfer vom 2. Dezember 1945: „Ich bin damals mit Heinrich längere Zeit in Papenburg im Lager 2 im Moor zusammen gewesen, wir lagen zwar nicht zusammen in einer Baracke, habe aber niemals gehört, das sich Heinrich irgendwelche Unregelmäßigkeiten hat zuschulden kommen lassen. [...] Im Übrigen hätte jede kleinste Verfehlung dieser Art bestimmt Staub aufgewirbelt, und es wäre sofort dagegen eingeschritten worden.“ Fritz Schäfer, selbst Mitglied der KPD, anerkanntes „Opfer des Faschismus“ und als Leiter der Polizeiinspektion von Berlin-Mitte ein Kollege von Heinrich, schließt seinen Brief mit den Worten: „Heinrich soll man den Kopf nicht hängen lassen, die Wahrheit muss ja letzten Endes immer raus kommen [...] grüsse ihn von mir und bestelle ihm, dass er mit Geduld seine Sache ausfechten soll [...]“ Anfang Dezember war Heinrich schon mehrere Wochen tot. Die Wahrheit über den Zeitpunkt seines Todes aber ließ noch länger auf sich warten.⁵³

Als die Berliner SPD immer wieder nachfragte, wo Heinrich geblieben sei, zunächst an die eigenen Genossen im Zentralausschuss gewandt, seit Mitte 1946 an die Adresse der SED, wurden die diffamierenden Charakterisierungen Heinrichs immer grotesker. In der Täglichen Rundschau, der Tageszeitung der sowjetischen Militäradministration, hieß es am 14. September 1947 als Antwort auf eine von der SPD veröffentlichte Liste von Ver-

⁵³ Vgl. die Kopie des Briefes in: FNA Berlin, Nl. Neumann, VII, 12. Der Brief ist im Anhang im Wortlaut nachzulesen.

schleppten, die Liste enthalte nur Namen von „dunklen Subjekten, die als Nazisten und Spione“ verhaftet worden seien, darunter auch „Karl Heinrich, der sich selbst als Nazist und Spion bekannt hatte und als solcher verurteilt wurde“.⁵⁴ Trotz des öffentlichen Schweigens von führenden früheren Sozialdemokraten in der SED wie Otto Grotewohl und Erich Gniffke waren sie dennoch intern auch 1947 noch bemüht, Aufschluss über die Haftgründe - vom Tode wusste man offenbar noch nichts - Heinrichs zu erhalten. Ihnen wurde Heinrichs Brief an Göring aus den vierziger Jahren vorgelegt, in dem er darum gebeten hatte, wieder Soldat werden zu dürfen. Da zu diesem Zeitpunkt der Hitler-Stalin-Pakt schon Geschichte war und die Sowjetunion nun Opfer des deutschen Überfalls von 1941 geworden war, sollte der Wortlaut des Briefes offensichtlich als Erklärung ausreichen, da Heinrich damit ja eingestanden habe, auch gegen die Sowjetunion kämpfen zu wollen. Zumindest reichte es Grotewohl und Gniffke, um über das Verschwinden Heinrichs weiterhin Stillschweigen zu bewahren. Die oft wiederholten Vorwürfe von Sozialdemokraten an die Adresse Grotewohls, durch Schweigen das Schicksal Heinrichs mitverschuldet zu haben, waren also nicht unberechtigt.⁵⁵

Die Berliner Sozialdemokraten, allen voran der spätere langjährige Berliner SPD-Vorsitzende Franz Neumann, fragten immer wieder beharrlich nach dem Aufenthaltsort des seit Anfang August verschwundenen Kommandeurs der Berliner Schutzpolizei. Franz Neumann erinnerte sich noch Jahre danach, wie er dabei vergeblich die Hilfe des damals noch sozialdemokratischen Genossen Otto Grotewohl einforderte. Er schrieb 1966: „Grotewohl, so sah ich es damals und so sehe ich es heute, hätte bei einer ge-

⁵⁴ Vgl. Geschändetes Gedenken, in: Tägliche Rundschau vom 14.9.1947.

⁵⁵ Vgl. „Bericht über Karl Heinrich, Polizeimajor“ vom 10.11.1947, in: AdSD Bonn, Nl. Gniffke, 6/2.

schickten Politik viel von den Kommunisten und ihren sowjetischen Beschützern herausholen können. Aber es fehlte ihm dazu der Mut. Es wäre doch die Aufgabe des Parteivorsitzenden gewesen, sich z.B. schützend vor die Mitglieder zu stellen, die ohne Angabe von Gründen mit Mitteln der Gewalt verschleppt wurden.“ Neumann schilderte danach die Umstände der Verhaftung Heinrichs, wie sie ihm damals bekannt geworden waren, und fährt dann fort: “Meine Opposition im damaligen Vorstand begann mit der Schilderung des Schicksals von Karl Heinrich. Ich verlangte im September [1945] bereits, daß sich Grotewohl, Fechner und Gniffke für seine Freilassung einsetzen sollten. Am 29. Dezember 1945 habe ich dann in der sehr lebhaft verlaufenden Sitzung des Bezirksvorstandes Grotewohl erneut die Frage über den Verbleib Karl Heinrichs vorgelegt, da inzwischen Freunde den Aufenthaltsort ermittelt hatten. Grotewohl gab zu, daß auch ihm bekannt sei, daß der Major Heinrich im Keller der Luisenstraße – dem Sitz der sowjetischen Zentralkommandantur – schmachtete. Er erzählte uns auch, daß Heinrich so verhungert sei, daß er wie ein Skelett wirke und einer seiner alten Freunde ihn kaum wiedererkannt hätte. ‚Aber macht um Gottes willen nichts in der Öffentlichkeit, sonst verschlimmert ihr das Leben der Inhaftierten.‘ Inzwischen waren nämlich schon eine Reihe von politischen Funktionären verschleppt worden.“⁵⁶ Neumann nennt dann weitere Namen.

⁵⁶ Dieser Bericht Neumanns über das Schicksal Heinrichs ist einem Rückblick Neumanns auf die Jahre 1945/46 entnommen, in denen sich vor allem durch Neumanns Initiative die Berliner SPD gegen eine Zwangsvereinigung mit der KPD behaupten konnte. Der Bericht belegt ein weiteres Mal, wie sehr Neumann das Schicksal Heinrichs beschäftigte und wie sehr auch die Berliner SPD nicht aufhörte, die Öffentlichkeit daran zu erinnern. Vgl. Franz Neumann, Ein Rückblick, in: *Verschwörung gegen die Freiheit . Wie die SED entstand. Erlebnisberichte*, Bonn 1966, S. 21. Neumann hatte ähnlich, aber weniger detailreich, zehn Jahre zuvor bereits in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 3. Mai 1956 über Karl Heinrich berichtet. Der Artikel ist auch nachzulesen in: Franz Neumann. Arbeiterkind - Sozialdemokrat - Abgeordneter, herausgegeben vom

Was er und seine Freunde damals und noch Jahre danach immer noch nicht wussten, war die Tatsache, dass Heinrich Ende Dezember 1945, als Grotewohl fadenscheinige Entschuldigungen fand, um öffentlich nichts zu tun, bereits seit Wochen tot war.

*

Die Selbstbehauptung der Berliner SPD

Die sowjetische Geheimpolizei aber hatte ihr Ziel, in der neu geschaffenen Berliner Polizei das Heft fest in der Hand zu behalten, erreicht. Bereits Ende 1945 musste der Leiter der „Arbeitsgemeinschaft Polizei“ in der Berliner SPD, Herbert Dewald, Klage führen, dass die Partei die sozialdemokratischen Genossen in der Polizei allein lasse: Die führenden Polizeioffiziere im Polizeipräsidium seien alle KPD-Mitglieder und in den 22 Polizeiinspektionen gebe es nur noch fünf Sozialdemokraten in leitenden Positionen, alle übrigen seien Kommunisten. Dewald, der schon seit Mitte August versucht hatte, den Diffamierungen gegen Heinrich entgegenzutreten, wies darauf hin, dass „unsere SPD-Genossen [...] bereits die Lust verloren [haben] und resignieren [...] weil von der Parteileitung nichts geschieht, [...]“ Die KPD-Führung verhalte sich da ganz anders, was dazu führe, dass frühere sozialdemokratische Polizisten nicht in die Polizei eingestellt würden, während viele Kommunisten nun Reviervorsteher seien, obwohl sie keinerlei Fachkompetenz aufwiesen.⁵⁷

Während viele Berliner Sozialdemokraten auch wegen der vielen Hinweise auf „verschwundene“ Sozialdemokraten, die gegen eine Vereinigung mit der KPD waren, zunehmend auf Di-

Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin und dem Franz-Neumann-Archiv, Berlin 2005, S. 54

⁵⁷ Vgl. Harold Hurwitz, Die Eintracht der Sieger und die Orientierungsnot der Deutschen. (Anm. 11), Band 3, S. 200f.

stanz gegenüber der KPD gingen, mussten sie Ende 1945 und – noch deutlicher erkennbar – Anfang 1946 überrascht feststellen, dass die Mehrheit im Zentralausschuss der SPD dem Druck der KPD nachzugeben begann und schließlich einer Vereinigung von SPD und KPD nur in der sowjetischen Besatzungszone zustimmte, statt wie bis dahin auf einer „Reichskonferenz“ der SPD zu bestehen. Die Zentralausschussmitglieder um Grotewohl hofften – im Rückblick ist diese Hoffnung sicherlich besonders illusionär zu nennen –, in der vereinigten Partei weiterhin ein gewichtiges Wort mitreden zu können, da die Sozialdemokraten in einer „vereinigten“ Partei in der Mehrheit sein würden.

Viele Berliner Sozialdemokraten konnten den Argumenten Grotewohls nicht folgen und wollten die Vereinigung unter Zwang nicht mitmachen. Es kam Ende März 1946 zu einer Urabstimmung unter den Berliner Sozialdemokraten, die freilich nur in den Westsektoren durchgeführt werden konnte. Das Ergebnis ist bekannt. Die Berliner Sozialdemokraten bekannnten sich zu einer Zusammenarbeit mit der KPD, sie lehnten aber mit über 82% der abgegebenen Stimmen eine Vereinigung mit der KPD ab. Aufgrund des Viermächtestatus von Berlin konnte so die SPD ab Mai 1946 wieder in allen vier Sektoren Berlins politisch tätig sein und mit ihr die SPD-nahe Sozialistische Jugendorganisation Die Falken.⁵⁸ Die Entscheidung der großen Mehrheit der Berliner SPD, sich der Verschmelzung mit der stalinistischen KPD zu verweigern, war die Voraussetzung dafür, dass sich die Berliner SPD bis 1961 als selbständige, unabhängige politische Kraft in ganz Berlin – in West- *und* Ostberlin – behaupten konnte.

⁵⁸ Vgl. Siegfried Heimann, Die Sonderentwicklung der SPD in Ost-Berlin 1945-1961, in: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II/3, Baden-Baden 1995, S. 1648 ff.

Das Ergebnis der Urabstimmung bewahrte die Identität der Berliner SPD, die Zwangsvereinigung in der sowjetischen Besatzungszone aber konnte sie nicht verhindern. Viele Sozialdemokraten in Ostberlin und in der SBZ, die sich dagegen zur Wehr setzten, erlitten Schikanen und Verfolgungen, lange Zuchthausstrafen oder gar den Tod. Willy Brandt sagte dazu 1981 anlässlich des 35. Jahrestages der Urabstimmung: „Und so kämpften die Sozialdemokraten um ihre Identität. Sie kämpften um Freiheit und Demokratie, die untrennbar mit unserem Ziel des Sozialismus verbunden sind. Und sie kämpften um die Unabhängigkeit und Freiheit unserer Partei. [...] Ihnen, die ihren Buckel hielten, gehört damit unsere Anerkennung und Respekt - gerade auch denen, die in der Folgezeit im Ostsektor und in der Ostzone für ihr Bekenntnis als Sozialdemokraten mit Verfolgung und Freiheitsverlust zahlen mußten.“⁵⁹

Dabei ist es unbestritten, dass bei Kriegsende für viele Sozialdemokraten auch noch eine andere Entwicklung vorstellbar war. Die leidvollen Erfahrungen in den Gefängnissen und Konzentrationslagern hatten bei nicht wenigen Sozialdemokraten den Wunsch nach der Einheit der Arbeiterparteien entstehen lassen. Sie mussten noch in den vierziger Jahren einen schmerzhaften Lernprozess machen. Auch Willy Brandt gehörte dazu. Er erklärte 1949 diesen Lernprozess mit folgenden Worten: „[...] Ich ließ mich von der Hoffnung leiten, durch die ‚Einheitspolitik‘ könne es gelingen, die kommunistischen Arbeiter für eine bodenständige sozialistische Politik zu gewinnen. Diese Einschätzung mag widerlegt sein, aber nur Ignoranten [...] können daraus einen Vorwurf ableiten. Inzwischen haben wir alle, die zum Lernen imstande sind, etwas dazu gelernt.“⁶⁰

⁵⁹ Willy Brandt, Rede anlässlich des 35. Jahrestages der Urabstimmung am 4.4.1981 in Berlin, Redemanuskript, S. 22 f. [im Besitz des Verfassers].

⁶⁰ Vgl. den Vermerk Willy Brandts vom 26.6.1949 „Betr.: Eugen Scheyer“, in: AdsD Bonn, Willy-Brandt-Archiv, Bestand Prozesse, Nr. 2 D. Brandt war als

Spätestens am 1. März 1946 bewiesen die Berliner Sozialdemokraten nicht nur den SPD-Mitgliedern in allen vier Besatzungszonen, sondern – so pathetisch muss man es ausdrücken – der ganzen Welt, dass sie dazu gelernt hatten. Kein geringerer als Richard Löwenthal, in Deutschland damals noch besser bekannt unter dem Namen Paul Sering, der mit seinem Buch „Jenseits des Kapitalismus“ einen gerade von Sozialdemokraten viel gelesenen Bestseller geschrieben hatte, hatte schon wenige Tage nach der Entscheidung zur Urabstimmung in einem Brief an Kurt Schumacher auf die internationale Wirkung dieses Ereignisses hingewiesen: „Die Gleichschaltung im Osten wird jetzt hier [gemeint ist Großbritannien] allmählich auch in der Öffentlichkeit verstanden.[...]. Dabei hat die Berliner Funktionärsversammlung vom 1.III. unerhört geholfen. [...] Die Berliner Funktionäre haben wirklich die Ehre der Partei gerettet.“⁶¹

Die anfängliche, noch bis 1947 teilweise vorhandene Bereitschaft der Berliner SPD, in kommunalpolitischen Fragen mit der KPD und später auch mit der SED zusammenzuarbeiten, wurde immer geringer. Aus politischen Gegnern waren spätestens während der Berliner Blockade im Jahre 1948 endgültig politische Feinde geworden. Dafür waren nicht zuletzt die Schikanen der sowjetischen Besatzungsmacht gegenüber den Sozialdemokraten in den Ostberliner Bezirken eine Ursache. Aber es wäre falsch, die Verantwortung für die Schikanen und für die Verhaftungen von Sozialdemokraten und für das „Verschwinden“ allein der sowjetischen Besatzungsmacht anzulasten und die Mitverantwortung der SED für diese Politik aus den Augen zu verlieren.

„russischer bzw. kommunistischer Agent“ diffamiert worden. Mit seinem Vermerk setzte er sich dagegen zur Wehr.

⁶¹ Richard Löwenthal an Kurt Schumacher vom 4.3.1946, in: AdsD Bonn, Bestand Schumacher, Nr. 66.

Die Vorgeschichte der im April 1946 gegründeten SED war von Schikanen und Zwang bis hin zu Verhaftungen von Sozialdemokraten gekennzeichnet.⁶² Es war eine „Zwangsvereinigung“, in der bald die Sozialdemokraten von den Kommunisten an den Rand oder aus der SED hinausgedrängt waren. Viele opponierende Sozialdemokraten wurden Opfer der politischen Verfolgungen.

In Berlin, auch in Ostberlin, hatte sich dagegen die SPD-Organisation Ende 1946 weitgehend stabilisiert, allerdings auf einem – gemessen an der Mitgliederzahl – niedrigeren Niveau. Zu der Stabilisierung der Partei in ganz Berlin hatte vor allem der Wahlsieg der SPD im Herbst 1946 beigetragen.

Am 20. Oktober 1946 erhielt die SPD bei dieser ersten und (bis 1990) letzten Gesamtberliner Wahl nach 1945 in ganz Berlin über 48% der Stimmen. Auch in Ostberlin war die SPD - trotz der eindeutigen Bevorzugung der SED durch die sowjetische Besatzungsmacht - in allen Bezirken stärkste Partei geworden (im Ostberliner Durchschnitt: 43,6%) und stellte deshalb zum ungläubigen Entsetzen der sowjetischen Besatzungsmacht auch in den acht Ostberliner Stadtbezirken überall die Bezirksbürgermeister und viele Stadträte. Die SED erhielt selbst in Ostberlin nur knapp 30%, in ganz Berlin sogar nur knapp 20% der Stimmen und war so noch hinter der CDU platziert, die 22% erhalten hatte. Erst am 17. Dezember 1946 berichtete die sowjetische Militäradministration bemerkenswert realistisch und kritisch über die Ergebnisse der Berliner Wahlen nach Moskau. An der Niederlage der SED war nichts zu deuteln, sie sei „eine Folge der

⁶² Vgl. zur Vorgeschichte der Zwangsvereinigung: Andreas Malycha, Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition, Bonn 1995.

Unterschätzung der Kräfte im Lager [...] der Gegner“ der SED. Die SED habe viele Fehler gemacht, sie habe „ihren Einfluss und ihr Ansehen in der Bevölkerung überschätzt und war übertrieben selbstsicher [...] Viele Organisationen der SED waren zu eng mit den sowjetischen Kommandanturen verbunden. Das ermöglichte den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien, von einer Verschmelzung der SED mit den sowjetischen Behörden zu sprechen“. Und schließlich besonders überraschend: „In der Partei mangelt es an echter innerparteilicher Demokratie und insbesondere an Selbstkritik.“ Daran sollte sich freilich in den folgenden Jahren nichts ändern. Die Stalinisierung der SED setzte sich fort.⁶³

Das Schicksal von Karl Heinrich bleibt weiter im Dunkeln

Die so beeindruckend bestätigte Berliner SPD vergaß über ihrem Erfolg nicht, weiterhin sehr beharrlich nach dem Schicksal der zahlreichen „Verschwundenen“ aus ihren Reihen, vor allem aber nach dem Aufenthaltsort von Karl Heinrich zu fragen, da sie ja immer noch annahm, Heinrich sei am Leben. Anfang Juni 1947 machte der „Sozialdemokrat“ wieder einmal auf den „Fall Heinrich“ aufmerksam und forderte, dass sich endlich das Berliner Stadtparlament mit den „Mißverhältnissen“ in der Berliner Polizei befasse. Bürgermeister Friedensburg nahm sich der Sache an, musste aber kleinlaut mitteilen lassen, dass alle Nachforschungen, mit denen der Polizeipräsident Markgraf beauftragt worden sei,

⁶³ Vgl. den Bericht von Kazakowa „Ergebnisse der Wahlen zu den Berliner Selbstverwaltungsorganen“ vom 17.12.1946, in: Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der russischen Föderation, Band 3: 6. Oktober 1946 bis 15. Juni 1948, Berlin 2004, S. 76 ff. Das sehr aufschlussreiche Dokument umfasst 18 Seiten. Zur Stalinisierung vgl. Harold Hurwitz, Die Stalinisierung der SED, Opladen 1997.

im Sande verlaufen seien. Markgraf wies den Vorwurf der Tatenlosigkeit zurück, er habe mehrfach nachgefragt, aber die sowjetische Besatzungsmacht habe ihm jedesmal erklärt, „dass das eine russischen und keine deutsche Angelegenheit sei“. ⁶⁴ Das ständige Fragen nach Heinrich begann die SED dennoch zu beunruhigen und sie ließ in einer neuerlichen Pressekampagne die alten diffamierenden Vorwürfe gegen Heinrich wiederholen. Besonders tat sich als Denunziant ein ehemaliger Häftling aus Berlin-Köpenick hervor, der im Neuen Deutschland einen „Heinrich ohne Maske“ beschrieb, von dem alle aufrechten Sozialdemokraten endlich abrücken müssten. Die „Berliner Zeitung“ zitierte wieder lang und breit aus den Gnadengesuchen Heinrichs an Hitler und Göring und unterstellte erneut, Heinrich habe eigentlich für die Nazis gearbeitet. ⁶⁵ Die sozialdemokratische Presse, aber auch der Tagesspiegel nahmen Heinrich in Schutz, schrieben aber unter Berufung auf britische Presseberichte, dass sich Heinrich „im Lager Sachsenhausen bei Oranienburg befinde“. Der Daily Herald hatte diese Nachricht verbreitet, zusammen mit dem Hinweis, Heinrich sei „ein hoffnungslos kranker Mann“. ⁶⁶ Erst eine anonyme Zuschrift an den Telegraf Ende März 1948 ließ keinen Zweifel mehr, dass Heinrich nicht mehr am Leben war, das genaue Todesdatum aber fehlte immer noch. Die Zuschrift spricht von „Winter 1945/46“. ⁶⁷ In den folgenden Jahren wird vor allem

⁶⁴ Vgl. „Der Fall Heinrich“, in: Der Sozialdemokrat vom 5.6.1947; „Der Magistrat antwortet“, in: Berliner Zeitung vom 14.6.1947; „Berlin sucht den Polizeikommandeur Heinrich“, in: Volksblatt vom 14.6.1947 und zu Markgraf: Der Sozialdemokrat vom 18.6.1947.

⁶⁵ Vgl. „Heinrich ohne Maske“, in: Neues Deutschland vom 31.7.1947; „Ein unermüdlicher Kämpfer ... es fragt sich nur, gegen wen“, in: Berliner Zeitung vom 26.6.1947 und „Der wahre Fall Heinrich“, in: Neues Deutschland vom 29.6.1947.

⁶⁶ Vgl. „Eine Antwort, aber keine Klärung“, in: Tagespiegel vom 19.6.1947. Der Daily Herald ist zitiert nach Sopade Informationsdienst 3 (Anm.11).

⁶⁷ Vgl. „Das Schicksal Karl Heinrichs“, in: Telegraf vom 31.3.1948.

in der Berliner Presse immer wieder an das Leiden und Sterben Karl Heinrichs erinnert, aber als Ort seines Sterbens wird immer wieder das „Konzentrationslager Sachsenhausen“ und als Todesdatum noch 1960 „Mitte 1946“ genannt. Im „Telegraf“ heißt es in Erinnerung an seinen siebzigsten Geburtstag im September 1960 schließlich fast richtig: Heinrich „starb nach Berichten von Mithäftlingen Anfang Dezember 1945 im Konzentrationslager Hohenschönhausen an Entkräftung und den erlittenen Mißhandlungen“.⁶⁸

Die Berliner SPD in der Zeit der Blockade

Das Jahr 1946, von der Urabstimmung und der SED-Gründung bis zu den Wahlen im Oktober, beendete eine erste Phase der Berliner Nachkriegsgeschichte. Sie war gekennzeichnet von dem – nicht ohne Vorbehalte und Skepsis unternommenen – Versuch eines gemeinsamen Neuanfangs aller antinazistischen politischen Kräfte. Nach der Wahl am 20. Oktober 1946 war offensichtlich geworden, dass dieser Versuch gescheitert war. Der endgültige Bruch aber kam erst im Jahre 1948 mit der Spaltung der Stadt in Ost- und Westberlin.

Ende des Jahres 1948 erzielte die Berliner SPD – freilich nur noch in West-Berlin – erneut einen überwältigenden Wahlsieg. Die über 64% der Stimmen erhielt die SPD vor allem aufgrund der überzeugenden Haltung der SPD während der im Frühsommer 1948 begonnenen Blockade Berlins und der darauf folgenden Spaltung der Stadt.

⁶⁸ Vgl. „Wie Polizeimajor Heinrich umkam“, in: Hamburger Echo vom 28.1.1950 und: Ernst Carlbergh, „Unvergessen! – Karl Heinrich Kämpfer für Freiheit und Recht“, in: Berliner Stimme vom 1.10.1960. und: „Opfer sowjetischer Willkür“, in: Telegraf vom 29.9.1960.

Für die so als „*die* Berlinpartei“ bestätigte SPD war Ernst Reuter schon kurz nach seiner Rückkehr aus der türkischen Emigration vor allem deswegen der geeignete Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters, weil er – in der Blockadezeit in vielen öffentlichen Reden bezeugt – wie kein anderer den auf der Tagesordnung stehenden „antikommunistischen Protest“ zu artikulieren verstand. Er predigte freilich keinen platten Antikommunismus, der den Mantel des Vergessens und Vergebens über den Nazismus breiten wollte.⁶⁹

Im September 1948 erreichte der Protest der Berlinerinnen und Berliner gegen den schon länger anhaltenden Versuch der Sowjetunion, über zwei Millionen Menschen durch Aushungern ihren politischen Willen aufzuzwingen, einen Höhepunkt. Ernst Reuter forderte die Völker der Welt auf, diesem Erpressungsversuch der sowjetischen Besatzungsmacht nicht nachzugeben. Kaum noch in Erinnerung aber ist, dass der Berliner Falke Wolfgang Scheunemann bei diesen Protesten den Tod fand. Er wurde am Brandenburger Tor von einer Kugel der sowjetischen Militärpolizei oder der noch immer vom Polizeipräsidenten Markgraf befehligten „Volkspolizei“ getroffen, als sie auf die nach Ostberlin zurückströmenden Demonstranten schossen. Andere Mitglieder der SPD-nahen Jugendorganisation wurden festgenommen und erhielten im Schnellverfahren jeweils bis zu 8 Jahren Arbeitslager. Mitglieder der Sozialistischen Jugend Die Falken, die ja wie die SPD auch in ganz Berlin als Organisation legal, wenn auch in Ostberlin zunehmend schikaniert, politisch tätig sein durfte, gerieten immer wieder ins Visier der sowjetischen Besatzungsmacht.

⁶⁹ Vgl. dazu: Siegfried Heimann, Ernst Reuter - Hoffnungen eines Remigranten auf dem Prüfstand Berlin, in: Mike Schmeitzner (Hg.), Totalitarismuskritik von Links. Deutsche Diskussionen im 20. Jahrhundert, Göttingen 2007.

Viele der verhafteten Falken erhielten als pauschales Urteil die berüchtigten 25 Jahre Arbeitslager. So sehr diese Urteile zu Recht Terrorurteile genannt werden müssen, viele politische Gegner des diktatorischen Regimes in der DDR, die das Unglück hatten, nach dem 14. April 1950 durch Militärtribunale der sowjetischen Besatzungsmacht verurteilt zu werden, hatten ein noch schlimmeres Schicksal. Über 1000 von ihnen, darunter etwa 60 Frauen, wurden, nachdem die zeitweilig in der Sowjetunion abgeschaffte Todesstrafe wieder eingeführt worden war, zwischen 1950 und 1953 zum Tode durch Erschießen verurteilt. Die jetzt erstmals nachlesbaren Kurzbiographien dieser Opfer stalinistischer Willkür, darunter nicht wenige Sozialdemokraten, sind jetzt erstmals zusammen mit sehr verdienstvollen historischen Studien zum Thema in einer Publikation zugänglich, die u.a. von der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur herausgegeben wurde.⁷⁰

Die Spaltung der Stadt – sie hatte sich seit langem angekündigt – war mit der Wahl von zwei Oberbürgermeistern, der eine – Ernst Reuter – für Westberlin, der andere – Friedrich Ebert – für Ostberlin zuständig, endgültig Realität geworden. Das Wort „Wahl“ ist freilich in Bezug auf den Ostberliner Oberbürgermeister in Führungszeichen zu setzen. Nach der Bildung eines Ostberliner Magistrats unter Friedrich Ebert als Bürgermeister verlangte der neue Magistrat eine Loyalitätserklärung der noch verbliebenen Verwaltungsangestellten. Trotz des drohenden Verlustes des Arbeitsplatzes verweigerte eine überraschend große Zahl von rund 700 Angestellten den „Treueid“. Aus den acht Ostberliner Bezirksämtern kamen noch einmal fast 2 000 Angestellte

⁷⁰ „Erschossen in Moskau“ Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950 - 1953. Herausgegeben von Arsenij Roginski, Jörg Rudolph, Frank Drauschke, Anne Kaminsky, Berlin 2005.

und Arbeiter hinzu. Sie wurden alle entlassen. Es waren wiederum in der Mehrzahl Sozialdemokraten. In einem Bericht von Joachim Lipschitz - der Name ist sicher in der Berliner Polizei unvergessen - heißt es: „Den Löwenanteil unter diesen Entlassungen stellte mit etwa 55% die SPD, ca. 30% waren parteilos. ca. 5% gehörten der CDU und 1% der LDP an, der Rest bestand aus Mitgliedern der SED, die sich in ihrer eigenen Partei wegen Opposition [...] mißliebig gemacht hatten.“ Um die Entlassenen kümmerte sich in West-Berlin eine „Gemaßregeltenstelle“ des (West-)Berliner Magistrats unter Joachim Lipschitz als Leiter. In seinem Bericht „Zur gegenwärtigen Situation der Gemaßregelten“ aus dem Jahre 1949 schrieb er am Ende voller Hoffnung: „Der Zeitpunkt dürfte nicht mehr allzu fern sein, an dem alle die, die Wohnung und Arbeitsplatz im Ostsektor verloren haben, als Avantgarde der Freiheit durch das Brandenburger Tor in Richtung Osten einziehen können, [...] begrüßt von einer Bevölkerung, die den Wert der Freiheit aus der Entbehrung schätzen gelernt hat.“⁷¹ Wir wissen heute, es hat etwas länger gedauert, als Lipschitz gehofft hatte. Er konnte diesen Tag nicht mehr erleben.

Dennoch – oder gerade deshalb – am Schluss noch einmal ein Wort über Joachim Lipschitz, das so auch für Karl Heinrich gelten kann. Anlässlich der Trauerfeier für den so früh verstorbenen Berliner Innensenator und Dienstherrn der Berliner Polizei am 16.12.1961 betonte der damalige Regierende Bürgermeister Willy Brandt, Lipschitz habe immer darauf hingewiesen, wie sehr die „Systeme der Zwangsherrschaft einander ähneln. Man blieb als Gegner des Nationalsozialismus nicht glaubwürdig, wenn

⁷¹ Vgl. „Die gegenwärtige Situation der Gemaßregelten“, in: AdsD Bonn, Bestand: SPD Berlin, Nr. 22. Zum Zusammenhang vgl. Siegfried Heimann, Im Osten schikaniert, im Westen vergessen? Ostberliner Sozialdemokraten in den frühen fünfziger Jahren, in: Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948: 1958, Berlin 2000, S. 153 ff.

man nicht gewillt war, sich der ebenso harten Wirklichkeit des Bolschewismus in Deutschland zu stellen, und umgekehrt durfte man sich nicht als Feind der rotgefärbten Diktatur ausgeben, wenn man nicht gleichzeitig bereit war, die Reste der braunen Zwangsherrschaft in unserem Lande auszutilgen.“⁷²

Erst 1962 kam es zu einer längst überfälligen Ehrung auch für Karl Heinrich. Im Mai 1962 wurde, freilich ohne eine Feier, nahe der Karl-Heinrich-Brücke ein schlichter Gedenkstein enthüllt. Er trägt die Inschrift: „Polizeimajor Karl Heinrich Widerstandskämpfer gegen Hitler 1945 von den Sowjets verschleppt u. in der Haft umgekommen“.⁷³

Die Feier wurde unter großer Anteilnahme auch der Berliner Polizei kurz nach seinem Geburtstag am 29. September 1962 nachgeholt. Innensenator Heinrich Albertz würdigte die Verdienste des ersten Kommandeurs der Berliner Schutzpolizei nach 1945: „Karl Heinrich war ein Mann, der die Tradition freiheitlichen Bestrebens in der Berliner Polizei im besten Sinne deutlich machte.“⁷⁴

⁷² Nachruf des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt auf Joachim Lipschitz, in: Joachim Lipschitz zum Gedenken, Berlin 1962.

⁷³ Vgl. zum Wortlaut der Inschrift und zur Kritik: Telegraf vom 8. und 9.5.1962. Vgl. ein Bild vom Gedenkstein im Anhang.

⁷⁴ Vgl. „Späte Ehrung“, in: Telegraf vom 30.9.1962. Das Mitteilungsblatt der Berliner Polizei widmete ihrem ersten Kommandeur im September 1962 eine Extraausgabe, in der allerdings als Todesdatum immer noch „Mitte 1946“ angegeben wurde. Vgl.: „Ein Kämpfer für die Freiheit. Karl Heinrich, Berliner Polizei, Nr. 9, September 1962. In den späteren Jahren fanden immer wieder auch Feierstunden an seinem inzwischen bekannten Todestag statt. Vgl. u.a. Telegraf vom 30.11.1965 und Telegraf vom 4.11.1970.

ANHANG

Dokument 1:

„Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt
B-Nr. IV A 1a (II) B.Nr. 2687/44

Berlin SW.11, den 15. Jan. 1945

An den

Herrn Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof

Berlin W. 9
Bellevuestr. 15

Betr.: Gesuch des Karl Heinrich
25.9.90 geb. um Wiederherstellung der
Wehrwürdigkeit und der bürgerlichen
Ehrenrechte

Bezug: Dortige Schreiben vom 10.11., 27.12.44 und 6.1.45
-11/17 J 473/35 - 11 Gns. 111/44

Anlage: 1

Beim H e i n r i c h handelt es sich um einen alten fanatischen Marxisten. Er gehörte seit 1914 der SPD als Mitglied ab und war im Jahre 1923 Mitbegründer des Reichsbanners, bei dem er später bis zu seiner Auflösung eine führende Rolle einnahm.

Auf Grund der politischen Vergangenheit und der Straftat werden gegen die Wiedererlangung der Wehrwürdigkeit und Aufhebung der bürgerlichen Ehrenrechte Bedenken erhoben. Er wurde wegen Lager- und Haftunfähigkeit aus der Schutzhaft entlassen, sodass auch die Wehrfähigkeit nicht gegeben sein dürfte.

Im Auftrage
gez. Unterschrift“

Am 27. Januar 1945 erfolgte dann durch das Justiz-Ministerium die Ablehnung auch dieses dritten Gesuches

Quelle: Landesarchiv Berlin [alte Signatur] JJGA ZPA/BPA I/2/045

Dokument 2:

Abschrift!

Berlin, den 2.12.1945

Lieber Erich (Wienig)!

Entschuldige, dass ich erst heute dazu komme, Deinen Brief zu beantworten, aber ich war auf einige Tage in ausserhalb, und finde Dein Schreiben erst heute vor.

Alles, was Major Heinrich nach Deinem Briefe vorgeworfen wird, kann sich doch nur auf einem Irrtum oder auf eine Verwechslung beruhen. Ich bin damals mit Heinrich längere Zeit in Papenburg im Lager 2 im Moor zusammen gewesen, wir lagen zwar nicht in einer Baracke zusammen, habe aber niemals davon gehört, dass sich Heinrich irgendwelche Unregelmässigkeiten hat zu Schulden kommen lassen. Schliesslich hätte in unserem Lager sich das sofort herumgesprochen, im übrigen weisst Du ja allein, mit welchen Mitteln wir gerade solche Dinge unter uns „politischen Verbrechern“ geahndet hätten. Ich entsinne mich noch der Geschichte mit dem Stubenältesten von Baracke 14. Weil wir diesen Verräter des Morgens beim Kaffeeholen fertig gemacht hatten, mussten wir eine Woche lang auf dem Sportplatz rumkrauchen. Schäfer, mein übelberüchtigter Namensvetter, war dabei, und halte ich es für unmöglich, dass, wenn Heinrich sich in kameradschaftlicher Weise irgend etwas hätte zu Schulden kommen lassen, dies nicht von unserem damaligen Rollkommando gerächt worden wäre. Im übrigen hätte jede kleinste Verfehlung dieser Art bestimmt Staub aufgewirbelt, und es wäre sofort dagegen eingeschritten worden.

Ich halte die Sache wieder für eine Gemeinheit von irgendwelchen kriminellen Verbrechern, die uns ja - weil wir uns von ihnen abseits hielten - immer was am Zeuge flicken wollten. Und heute laufen solche Elemente zum Teil als „Opfer des Faschismus“ rum - leider.

Heinrich soll man den Kopf nicht hängen lassen, die Wahrheit muss ja letzten Endes immer rauskommen. Solltest Du Gelegenheit haben, mit

Heinrich zu sprechen, dann grüsse ihn vielmals von mir und bestelle ihm, dass er mit Geduld seine Sache ausfechten soll.

Ich glaube bestimmt, dass es noch viele unserer Genossen geben wird, die sich auf Heinrich entsinnen werden, und die ihm auch nur Gutes werden nachsagen können.

Für heute sei nun recht herzlich gegrüsst von
Deinem alten Freund

gez.: Fritz S c h ä f e r

Fritz S c h ä f e r
Berlin-C,
Bartelstr. 6, ptr.,
Mitglied der K.P.D. und anerkanntes „Opfer des Faschismus“.

Quelle: AdsD Bonn, Sammlung Personalien: Karl Heinrich

Dokument 3:

Köln-Mülheim, den 5. Februar 1946

Erklärung

Ich, Willi Schirmmacher, geboren am 30. April 1906, wohnhaft in Köln-Mülheim, Rixdorfer-Str. 60 wurde am 19. Mai 1935 von der Gestapo verhaftet und durch den Volksgerichtshof in Berlin am 11. Dezember 1936 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. (Aktenzeichen 9 OJ 479/35).

Die Strafzeit verbrachte ich zum Teil im Zuchthaus zu Siegburg, den grössten Teil jedoch bis zum 9. November 1937 im Emsland. Ich war im Lager II im Aschendorfer Moor, vom 9.11.37 bis 30.12.1940. Anschliessend war ich bis zum 11. März 1941 im Lager II, (Rollwald, Dieburg Hessen).

Im Lager II, im Aschendorfer Moor lernte ich den Strafgefangenen Karl Heine rich aus Berlin kennen. Ich kannte ihn vorher nicht, kam erst durch das Lagerleben mit ihm in nähere Verbindung. Er war früher Polizei-Major in Berlin, und wurde mit dem Spitznamen Knüppel Heinrich bezeichnet. Ich lernte Heinrich als einfacher Moorsoldat kennen, und kam mit ihm, sowohl bei den Arbeitskommandos, wie auch im Lager in engste Berührung.

Aus meiner kritischen Stellung zu früheren Parteigrössen heraus, war ich auch Heinrich gegenüber äusserst kritisch eingestellt, und beurteilte sein Verhalten äusserst streng. Heinrichs war durch seine frühere Stellung den Gefangenen gegenüber, sowie auch den Verwaltungsbeamten in äusserst doppelseitige Lage gestellt. Nach meiner Beurteilung hat er mit bestem Willen versucht, sich aus dieser für ihn äusserst schwierigen Lage in bester Form herauszuwinden. Ich habe ihn als einen guten Kameraden kennengelernt, und kann über sein Gesamtverhalten nichts Nachteiliges sagen.

Ich war damals im Lager einer der politischen Gefangenen, die zum engeren illegalen Arbeitskreis der SPD gehörten, und habe in engster

Zusammenarbeit über den Genossen Willi [...] aus Berlin mit der illegalen Lagerleitung der KPD wiederholt Gelegenheit gehabt, gegen Heinrichs erhobene Anschuldigungen als grundlos zurückzuweisen.

Später habe ich 11/2 Jahre als Kommandierter innerhalb des Lagers ständig Heinrich beobachten können, und auch während dieser Zeit nichts Nachteiliges feststellen können. Ebenfalls in Dieburg war das Verhalten desselben durchaus einwandfrei. Dass er wiederholt zu kommandierten Stellen, wie Barackenälteste herangezogen wurde, lag ausschliesslich in seiner früheren Tätigkeit, weil von der Lagerleitung bewusst die Erregung für die Missgriffe innerhalb des Lagers von Menschen, wie Heinrich, durch die Herausstellung in besonderen Funktionen abgeleitet wurde.

Mit wird bekannt, dass gegen Herrn Heinrich über sein Verhalten innerhalb des Lagers erhoben werden, und kann ich diese Anschuldigungen, ohne sie im Einzelnen zu kennen, nach bestem Wissen und Gewissen als abwegig zurückweisen.

Willi Schirmmacher

W. Schirmmacher
Köln-Mülheim
Rixdorferstrasse 60

Quelle: AdsD Bonn, Sammlung Personalialia: Karl Heinrich. Offensichtliche Schreibfehler sind in der Abschrift korrigiert.

Dokument 4:

Bericht

des ehemaligen politischen Strafgefangenen Walter Grünewald,
geboren 23.4.06, wohnhaft in Berlin-Spandau, Földerichstr. 6

Betrifft: Das Verhalten des politischen Mitgefangenen Karl Heinrich,
jetziger Kommandeur der Schutzpolizei Berlin

Im September 1935 wurde ich gemeinsam mit Karl Heinrich und anderen Genossen der SPD und des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ von der Gestapo verhaftet. Im Februar 1937 wurden wir, die drei Hauptangeklagten (Heinrich, Hoppe, Grünewald), vom 2. Senat des Volksgerichtshofes wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu Zuchthaus verurteilt, nachdem die anderen Genossen bereits vorher vom Kammergericht abgeurteilt waren. Die Haltung Heinrichs war, den Nazis gegenüber, immer hervorragend, unerschrocken, aufrecht und stolz. Als er als Angeklagter vor dem Senat stand, sagte er dem Senat in einer etwa dreistündigen Rede zur Sache und zur Person u.a.: „Wenn wir 1933 noch ein halbes Jahr länger Zeit gehabt hätten, dann stünde ich jetzt nicht hier als Angeklagter und Hitler wäre nicht der ‚grosse Mann‘ in Deutschland und es würde wesentlich anders aussehen.“ Diese Äusserung schlug wie eine Bombe ein, die hohen Herren des Senats verfärbten sich, so war ihnen der Schreck in die Glieder gefahren. Der Präsident entzog H. das Wort. Auf Protest Heinrichs erklärte der Präsident: „Sie werden mir zu mobil.“

In seinem Schlusswort machte Heinrich grundsätzliche Ausführungen und erklärte u.a.: „Es stehen hier zwei Weltanschauungen gegenüber, die eine, die nationalsozialistische, die meint, dass jede Meinungsverschiedenheit in Gewalt ausarten müsste, geistige Gegensätze nur durch Gewalt zu lösen wären, und unsere, die demokratische Weltanschauung, die den Standpunkt vertritt, dass sich geistige Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten auch auf friedlichem Wege lösen lassen.“

Heinrich wurde vom Gericht auch zur Last gelegt, dass er, während seiner Dienstzeit als Polizei-Major, einseitig gegen die Nationalsozialisten vorgegangen sein und die Kommunisten bevorzugt hätte. Angeführt wurde u.a. folgender Fall:

Als zu damaliger Zeit Laval und Briand nach Berlin kamen, waren Menschenansammlungen vor dem Bahnhof. Es entstand Tumult und einige Kommunisten waren festgenommen worden. Auf Veranlassung Heinrichs wurden diese sofort wieder freigelassen, obwohl ihm bekannt war, dass es die Wortführer waren.

Nach der Verurteilung wurden wir in das Zuchthaus Brandenburg/Görden gebracht. Dort wurde H. oft von einigen unteren Aufsehern schikaniert. Diese hatten eine besondere Freude daran, dass H. jetzt in ihre Hände gegeben war. H. machte von den ihm nach der Strafvollzugsordnung zustehenden Beschwerdemöglichkeiten regen Gebrauch und führte fast in jeder Woche zweimal in irgend einer Angelegenheit bei dem zuständigen Polizei-Inspektor Beschwerde. Unbeirrbar verlangte H. auch im Zuchthaus sein Recht und liess sich durch keine Massnahme davon abbringen.

Im Dezember 1938 kam ich in das Lager II, Aschendorfer Moor. Als Heinrich im Jahre 1939 in das Lager II kam, begann eine Hetze gegen diesen, seitens einiger Radaubröder, hauptsächlich von solchen Personen, die nicht mal in Berlin waren und Heinrich gar nicht vorher kannten. Es steht einwandfrei fest, dass die Bezeichnung „Knüppelheinrich“ von dem Lügenmaul Goebbels geprägt wurde. Leider wurde diese Bezeichnung vor 1933 von einigen Kommunisten übernommen.

Im Lager II war es üblich, dass Zugänge mit Tabakwaren unterstützt wurden, bis sie selber die Möglichkeit von Tabakkauf hatten. Bei dieser Sammlung wurden auch kriminelle Gefangene bedacht. Bei Heinrich wollten nun einige Quertreiber die Sammlung sabotieren, was aber durch Eingreifen anständiger Kommunisten misslang. Auf der Arbeitsstelle im Moor waren einige Gefangene so ehrlos, dass sie sich

an die Nazi-Wachmannschaft wandten, um diese darauf aufmerksam zu machen, dass sich der Major Heinrich, der „berüchtigte Knüppelheinrich“, in der Arbeitskolonne befinde, damit diese Banditen H. besser aufs Korn nehmen konnten. Als unsere Arbeitskolonne zur Rückfahrt ins Lager angetreten war, wurde von einer vorbeifahrenden Arbeitskolonne mit Gebrüll „Knüppelheinrich“, „Knüppelheinrich“ gerufen. Im Lager wurde diese Hetze fortgesetzt. Diese Hetze wurde in einer widerlichen Weise fortgesetzt, dass es im Lager bald zu einer Schlägerei gekommen wäre.

Als ein Günstling des Nazikommandeurs Schäfer in das Lager eingeliefert wurde, der eine Bespitzelung der Gefangenen durchführen wollte, und selber wegen Sittlichkeitsverbrechen zu Zuchthaus verurteilt war, hat Heinrich hervorragend zu dessen Entlarvung beigetragen.

Heinrich hat sich mutig und unerschrocken immer wieder für die Besserung der Lage der Gefangenen im Lager eingesetzt durch fortgesetzte Rücksprache mit der Lagerleitung und er hat erreicht, dass die schlimmsten Zustände gemildert wurden, ohne dass es den meisten Gefangenen bewusst wurde, dass sie das dem so oft geschmähten Heinrich zu verdanken hatten.

Es gab im Lager folgende Misshandlungsmethode: „Den Sportplatz“. Hierbei wurden die Gefangenen auf den Sportplatz getrieben. Sie mussten Übungen nach scharfen und schnell hintereinander folgenden Befehlen ausführen, wobei es nicht darauf ankam, ob die Übungen richtig oder falsch gemacht wurden, aber die Nazimeute schlug wahllos mit dem Gummiknüppel auf die Gefangenen ein, dass allerschwerste Misshandlungen und Verletzungen stattfanden.

Gegen diese Sportplatz-Misshandlungen ist Heinrich ganz entschieden und energisch vorgegangen. Heinrich meldete sich zum Generalstaatsanwalt und wollte Anzeige wegen Gefangenenmisshandlung machen. Diese Anzeige sollte gegen die Nazi-Wachmannschaft und die Lagerleitung gerichtet sein. Heinrich wurde aber nie zum Staatsanwalt

gemeldet oder vorgelassen. Bei einer Rücksprache mit dem Lagerleiter beschuldigte er diesen der Mittäterschaft und lehnte es ab, mit diesem über die Misshandlungen zu sprechen, da er die Schuldfrage nicht mit einem Mitschuldigen besprechen könne. Heinrich wurde trotzdem nicht zum Generalstaatsanwalt vorgelassen. Der Generalstaatsanwalt war aufsichtsführend im Strafvollzug. Nach wiederholten und fortgesetzten Unterredungen mit dem Lagerleiter erreichte es Heinrich dann, dass die Sportplatz-Misshandlungen unterblieben - das war ein grosser Erfolg der Standhaftigkeit Heinrichs und eine enorme Erleichterung für die Gefangenen. Leider ist es auch hier den meisten Gefangenen nicht bewusst geworden, dass sie sich dafür bei Heinrich zu bedanken hatten. Durch das mutige Auftreten Heinrichs ist viel Unheil verhindert worden.

Abschliessend muss ich sagen, dass Heinrichs Verhalten immer einwandfrei kameradschaftlich war und er immer versuchte, das Los der Gefangenen zu verbessern. Er hat jede Gelegenheit, die sich ihm bot, wahrgenommen, um in diesem Sinne mit der Lagerleitung zu sprechen. Auch darin bewies sich immer wieder die aufrichtige und mutige Haltung Heinrichs.

gez.: Walter G r ü n e w a l d

Berlin, den 15. November 1945

Quelle: AdsD Bonn, Sammlung Personalien: Karl Heinrich.

Dokument 5:

Heinrich ohne Maske

Wer für den ehemaligen Polizeimajor Heinrich noch eine Lanze bricht und denselben als einen „vorbildlichen Antifaschisten und Genossen“ hinstellt, ist falsch unterrichtet über ihn und weiß nicht, welche Rolle er während seiner Haftzeit gespielt hat.

In den Jahren 1933—1940 war Heinrich als Strafgefangener im Emsland-Moor in den Lagern I und II bei Papenburg-Aschendorf. Im Lager II war er „Kommandierter“, d. h. er brauchte zunächst als Strumpfstopfer und später als Barackenältester nicht zur Arbeit ins Moor. Als Barackenältester hatte er bis zu 120 Gefangene, die ihm zu gehorchen hatten, er war also deren unmittelbarer Vorgesetzter. Auf Grund seines Verhaltens jedoch hatte er in seiner Baracke keinen Freund und im gesamten Lager fand sich nicht ein einziger Mensch, der sich zu ihm bekannte. Alles rückte von „Knüppel-Heinrich“ (das war sein Spitzname) ab, ein jeder mied ihn. Erst recht wollte kein Politischer mit ihm zu tun haben, nicht einmal die SPD-Fraktion bekannte sich zu ihm . . . denn er war ein „Lampenbauer“, d. h. ein Verräter. Knüppel-Heinrich hatte doch einen Freund im Emsland, und das war der Kommandeur der Strafgefangenenlager im Emsland, Herr Schäfer, der vormalige Gründer und Leiter des KZ Oranienburg, sein ehemaliger Untergebener, als Herr Heinrich noch preussischer Polizeimajor vor 1933 war. Und weil er für Herrn Schäfer ein warmes Herz hatte, darum teilte er auch alles Wissenswerte dem Herrn „Platzmeister“, Hauptwachtmeister Witte mit. So mancher Moorsoldat, der heimlich Schach spielte, politische Gespräche führte, verbotene Lieder sang, auf selbsthergestellten Instrumenten musizierte oder gar einen schlechten Bettenbau hatte, mußte auf Meldung des Stubenältesten, Herrn Heinrich, in den Arrest gehen, wurde auf dem Sportplatz gedrillt oder mußte Strafarbeit verrichten.

1800 Häftlinge des Lagers II können dieses bezeugen und würden es auf ihren Eld nehmen. Darüber hinaus würden noch die Häftlinge des Zuchthauses Brandenburg a. d. Havel Dinge berichten können, die in derselben Linie liegen, wie das schuftige Benehmen des Knüppel-Heinrich im Moor. Fragen Sie die Häftlinge, die in dem Lager bei der Riberegulierung waren. Auch die Sozialdemokraten, die ehrliche Sozialisten, werden und müssen von diesem „vorbildlichen Antifaschisten und Genossen“ abrücken.

Heinz Hentschke, Berlin-Köpenick
 ehem. Häftling im Lager II

AD 2112

Quelle: Neues Deutschland vom 31.7.1947

Dokument 6:

Eine Antwort, aber keine Klärung

Am 24. Mai haben wir zum erstmaligen im Zusammenhang mit dem „Fall Schwarz“ die Frage nach dem Verbleib des Polizeimajors Heinrich gestellt, der „Sozialdemokrat“ unterstützte uns. Die Berliner Tagesspiegel, H. sei im August 1945 von einem russischen Offizier verhaftet worden. Nun ist der „Fall Heinrich“ durch eine Verlautbarung des Polizeipräsidenten in ein neues Stadium getreten. Wenn Markgraf, in dessen Dienstzimmer Heinrich verhaftet wurde, bis heute schweigen zu können und nichts unternehmen zu müssen meinte, weil er, wie er zu dem Vertreter des „Sozialdemokrat“ äußerte, unsere Veröffentlichungen für eine „Polemik mit dem Vorwärts“ hielt, zeigt er, daß er die Bedeutung einer öffentlichen Diskussion völlig verkennt, oder aber, daß er sich dem „Vorwärts“ identifiziert und diesem deshalb seine Rechtfertigung überlassen zu können glaubt. Dann aber ist er kein überparteilicher Polizeipräsident mehr. Macht man uns aber den Vorwurf, daß wir den Fall fast zwei Jahre „zu spät“ aufgegriffen hätten, dann vergißt man, daß es, als Heinrich spurlos verschwand, keinen Tagesspiegel, wohl aber eine Einheitspresse gab, die geflissentlich schwieg.

Heute befindet sich Heinrich (nach einer Reuter-Meldung, die mit der von uns bereits in Nr. 117 ausgesprochenen Vermutung übereinstimmt) im Lager Sachsenhausen bei Oranienburg. Reuter meldet ferner, die russischen Behörden hätten den Engländern in Aussicht gestellt, sie könnten zu einem Prozeß gegen Heinrich Beobachter entsenden. Es sei indessen unwahrscheinlich, daß dieser Prozeß jetzt noch stattfinden werde, da es Heinrich außerordentlich schlecht gehe. Er ist zu hoffen, daß es demnach zu einem solchen Prozeß kommen wird, weil

er die Gründe für Heinrichs Verhaftung und dessen Verurteilungen, über die die Alliierten bisher noch keine Erklärung abgegeben haben, zutage treten lassen würde. Heinrich hätte dann auch die Möglichkeit, sich zu verteidigen. Die Beschuldigungen dürften die gleichen sein, die ihm schon in den Wochen vor seiner Verhaftung von deutschen Kommunisten vorgehalten worden waren. Anfang Juni 1945 wurden gegen ihn in den Räumen des Polizeipräsidenten von zehn KPD-Funktionsären Vorwürfe erhoben. Er stellte anheftig, alles gegen ihn vorliegende Material dem Generalstaatsanwalt zu unterbreiten — ein Vorschlag, dem man niemals nachgegeben ist. Mitte Juli wiederholten sich die Angriffe. Freunde warteten ihn, doch Heinrich antwortete: „Mir kann nichts geschehen. Gegen mich liegt nichts vor!“

Er soll in den sieben Jahren, die er in Konzentrationslagern zubringen mußte, mit den Nationalsozialisten kollaboriert haben. Er sei ein Freund des berühmtesten SS-Lagerleiters Schäfer gewesen, dem er über Spitzdienstele — insbesondere gegen Kommunisten — geleistet habe. Es gibt jedoch Zeugen, die das Gegenteil beweisen können, meist Mitgefangene aus dem Aschendorfer Moor. Sie würden auch daran erinnern, daß Heinrich den Namen „Knüppel-Heinrich“ nicht im KZ, sondern lange davor von — Goebbels in einem von dessen Büchern erhalten hat. Aber sie könnten auch die Behauptung der Kommunisten, die Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD im Lager sei ausgezeichnet gewesen, widerlegen und der Öffentlichkeit damit einen Hinweis geben, wo sie nach den Angriffen gegen Heinrich zu suchen ist.

Quelle: Der Tagesspiegel vom 19.6.1947.

Dokument 7:

Der Fall Karl/Heinrich

Durch das Vertrauen der russischen Besetzungsmacht wurde Karl Heinrich unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Hitlerära zum Kommandeur der Berliner Schutzpolizei berufen. Dieses Vertrauen war auch voll gerechtfertigt, war es doch Heinrich, der in den Jahren 1935 bis 1942 durch die Konzentrationslager und Zuchthäuser des Hitlerstaates geschleift wurde und trotz allen Terrors ein unermüdlicher Kämpfer gegen Faschismus und Diktatur blieb. Hinzu kommt, daß Heinrich als langjähriger hoher Polizeioffizier in den Jahren vor 1933 hervorragende fachliche und polizeiliche Kenntnisse erwarb, die ihn geradezu zu der ihm übertragenen Funktion prädestinierten.

Das Wirken Heinrichs bei der Berliner Polizei war jedoch leider nur von kurzer Dauer, denn im August 1945 verschwand er spurlos.

Heinrich wurde damals zu einer Dienstbesprechung zum Polizeipräsidenten Markgraf bestellt, von der er bisher nicht zurückgekommen ist. Der Polizeipräsident erklärte in den späten Abendstunden dem Fahrer des Kommandeurs, daß er nach Hause fahren könne, da sein Chef nicht käme. Die Ehefrau zu verständigen, hielt Markgraf nicht für erforderlich, ja, er ließ sich verleugnen, wenn sich die in seelischer und wirtschaftlicher Not befindliche Frau bei ihm melden ließ, um Aufklärung über den Verbleib ihres Mannes zu erbitten.

Die Familie und auch die Öffentlichkeit dürften ein Anrecht darauf besitzen, endlich zu erfahren, warum Heinrich so plötzlich verschwand und welche Anklagen gegen ihn erhoben wurden.

Es liegt eine große Tragik in dem Fall Heinrich. Er, der aufrechte Kämpfer für Sozialismus und Demokratie, verschwindet spurlos, während ein aktiver Offizier der Hitlerarmee, der für seine besonders gezeigte Treue zu „Führer und Reich“ mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet wurde, im demokratischen Berlin als Polizeipräsident eine Rolle spielt.

Es dürfte an der Zeit sein, daß sich das Berliner Stadtparlament mit diesen Mißverhältnissen befaßt und die Bitte an die Alliierte Kommandatur richtet, der Öffentlichkeit Aufklärung zu geben, wann mit dem Wiedererscheinen des früheren Kommandeurs Heinrich zu rechnen ist.

Quelle: Der Sozialdemokrat vom 5.6.1947.

Unvergessen! – Karl Heinrich Kämpfer für Freiheit und Recht

Am 29. September wäre dieser einst wohl populärste Berliner Polizeioffizier 70 Jahre alt geworden.

1927 kam er nach Berlin, und schon stand er überall an der Spitze im polizeilichen Einsatz, wenn es galt, dem immer frecher werdenden Auftreten der Kommunisten und Nationalsozialisten ein Paroli zu bieten. Wo er mit seinen Mannen auftauchte, war stets „dicke Luft“ für die Radikalinskis beider Couleurs. Kein Wunder, daß sie ihn haßten.

Aber auch als Sozialdemokrat und aktiver Reichsbannermann war er ein vorbildlicher Kämpfer. Es gab nur wenige Republikanertreffen, besonders in der Provinz, wo er sonntags als Redner für einen echten demokratischen Staat nicht in Erscheinung trat. Sein Republikanertum war ihm Herzenssache.

Der 30. Januar 1933 setzte der Tätigkeit des Polizeimajors Heinrich natürlich ein Ende. Goebbels selbst hatte ihn in seinem Buch, „Sonnenaufgang“ als „Knüppelheinrich“ tituliert. Für den Politiker Heinrich jedoch konnte es keine Ruhestellung geben. Trotz aller Gefahren und Warnungen setzte dieser vor Vitalität fast berstende Mann es fort, illegale Widerstandsgruppen zu bilden, bis er im August 1935 verhaftet wurde. In einem Schauprozeß vor dem „Volksgerichtshof“ wurde er zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt.

Seine Leidensstationen waren: Gestapo Prinz-Albrecht-Straße, Zuchthaus Brandenburg, Aschendorfer Moor, Zuchthaus Dieburg/Hessen. Als der „berühmte Major“ hatte er in den ersten Jahren eine

besondere Leidenszeit durchzustehen.

Nach siebenjähriger Strafhaft, im August 1942, kam Heinrich wieder in die Fänge der Gestapo nach Berlin. Seine beabsichtigte weitere KZ-Inhaftierung in Sachsenhausen konnte jedoch vereitelt werden, weil zwei Polizeiarzte im Polizeikrankenhaus Berlin seine Haftunfähigkeit attestierten. Tatsächlich hatte der einstige Hüne Karl Heinrich, Modellathlet für jede Olympiade, während seiner Haft 78 Pfund an Gewicht eingebüßt und war nur noch ein Schatten seiner selbst.

Anfang Juni 1945 wurde Karl Heinrich erster Kommandeur der neuen Berliner Schutzpolizei, allerdings nur für knapp zwei Monate. Kommunisten, an der Spitze der damalige Personalchef der Berliner Polizei, Seidel, wühlten gegen ihn und diffamierten ihn bei den Sowjets als Faschisten!

Am 2. August 1945 waren sie am Ziel ihrer Wünsche. Von dem kommunistischen Polizeipräsidenten Markgraf, einem mit den sowjetischen Vorhuten aus Moskau eingeflogenen ehemaligen Ritterkreuzträger, war Heinrich zu einer persönlichen Rücksprache ins provisorische Polizeipräsidium (Lindenstraße) bestellt und im Anschluß daran von den Russen verhaftet worden.

Zuerst verblieb er im Keller der GPU in der Elsässer Straße, dann kam er ins Lager Hohenschönhausen. Mitte 1946 ging dort sein Leben zu Ende. Er soll in einer Kalkgrube verscharrt worden sein.

Ernst Carlberg

Dokument 9:

Späte Ehrung

Feier für Karl Heinrich, den ersten Polizeikommandeur nach 1945

Weit über tausend Berliner, darunter zahlreiche Polizeibeamte, fanden sich gestern zu einer Gedenkveranstaltung am Ehrenmal des Widerstandskämpfers Karl Heinrich zusammen. In seiner Ansprache an die Teilnehmer der Feier, die sich auf dem großen Rund am Falkenseer Platz in Spandau zusammenfanden, würdigte Innensenator Albertz die Verdienste des nach 1945 in einem sowjetischen Lager umgekommenen ersten Kommandeurs der Berliner Schutzpolizei nach 1945.

„Karl Heinrich war ein Mann, der die Tradition freiheitlichen Bestrebens in der Berliner Polizei im besten Sinne deutlich machte“, erklärte Albertz. „Er versuchte bereits in der Weimarer Zeit, die freiheitliche Ordnung gegen die Kräfte von rechts und von links zu verteidigen.“ Wir befänden uns heute wieder in der

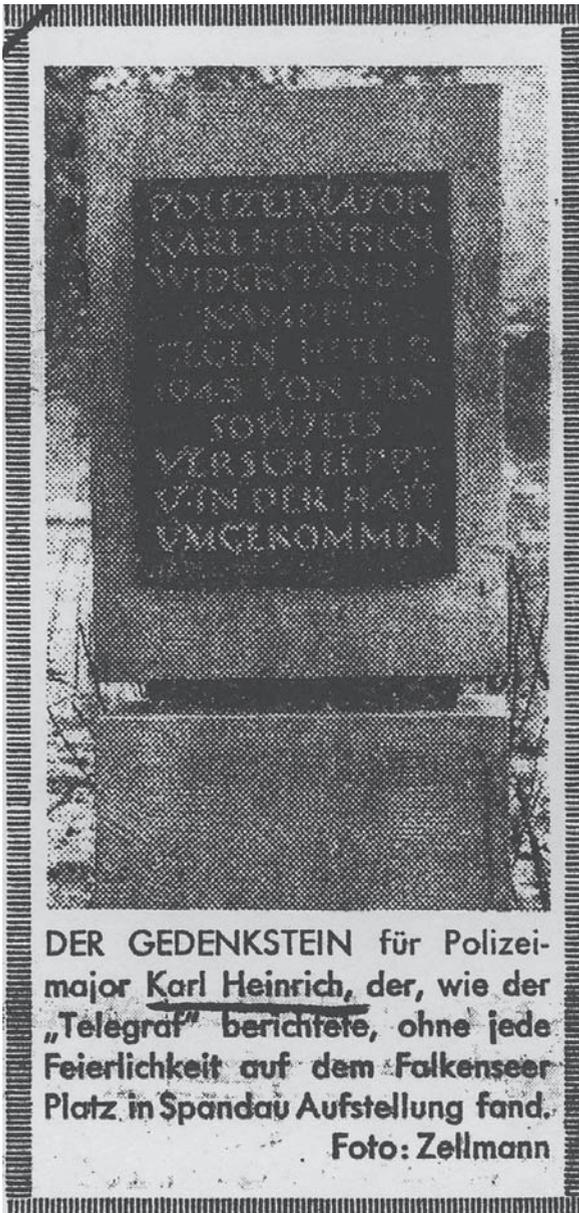
gleichen Situation, betonte der Innensenator.

Der neue Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Werner, bezeichnete Karl Heinrich als ein Beispiel für alle Kräfte in der Berliner Polizei, ihren Aufgaben bis zur letzten Konsequenz verpflichtet zu bleiben.

Die Witwe des Verstorbenen konnte aus gesundheitlichen Gründen der Feier nicht beiwohnen. Der Vorsitzende der Berliner ÖTV, Meyke, verlas einen Dankesbrief der Abwesenden und ging dann noch einmal auf das Schicksal Heinrichs ein, der am 25. September seinen 72. Geburtstag gefeiert hätte, dem noch nicht einmal eine letzte Ruhestätte beschieden wurde und dessen genauer Todestag nicht bekannt ist.

Quelle: Telegraf vom 30.9.1962

Dokument 10:



Quelle: Telegraf vom 9.5.1962

Copyright der Fotos

Landesarchiv Berlin

Bundesarchiv Berlin

Reproduktion: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin